



Honnef-Stipendien für mehr Studenten?

Studentenwerk empfiehlt Erhöhung der Freibeträge und Verlegung der Darlehen in den Anfang der Förderung

HD — Das Kuratorium des Deutschen Studentenwerkes, in dem Hochschullehrer und Studenten sowie Vertreter des Bundes, der Länder und der Öffentlichkeit zusammenarbeiten, hat auf seiner 15. Sitzung, die am 19. März in Köln stattfand, zwei wichtige Empfehlungen zur Reform der Studienförderung nach dem Honnefer Modell verabschiedet.

● Die Freibeträge sollen erhöht werden (es handelt sich dabei um das Nettoeinkommen, das die Eltern eines Studenten verdienen „dürfen“, damit er noch ein Vollstipendium nach dem Honnefer Modell bekommen kann):

für einen alleinstehenden Elternteil	von 350 auf 450 DM
für ein Elternpaar	von 510 auf 725 DM
für jedes unversorgte Kind (Geschwister)	von 170 auf 200 DM

Wie bisher soll die Hälfte des Betrages, um den das Nettoeinkommen der Eltern die Freibeträge übersteigt, nicht angerechnet werden.

● Die Darlehen, die bisher in den beiden letzten Semestern gewährt werden, sollen an den Anfang des Studiums verlegt werden. Die Darlehenssumme sollte einheitlich für alle Geförderten auf einen Betrag von 3000,— DM festgesetzt werden. Jeder Student, der ein Stipendium erhalten will, müßte diese Darlehenssumme, die normalerweise die bisherige Anfangsförderung im wesentlichen ausfüllen würde, in Anspruch nehmen.

Nach bestandenen Abschlußexamen sollen dann 1500,— DM des Darlehens erlassen werden. Eine Differenzierung nach Examennoten soll dabei wegen der Problematik eines solchen Verfahrens nicht vorgenommen werden.

Zunächst Einzelheiten über die Erhöhung der Freibeträge für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell: Die Empfehlung des DSW-Kuratoriums läßt sich am besten an folgendem konkretem Beispiel verdeutlichen. Angenommen, ein verheirateter Beamter mit einer unversorgten Tochter und einem auswärts studierenden Sohn hat einen Nettoverdienst von 1200,— DM. Bisher bekam sein Sohn kein Stipendium, nun soll er — eine durchschnittliche Begabung für sein Studium vorausgesetzt — in der Hauptförderung ein monatliches Stipendium von 108,— DM erhalten.

Wie aus diesem Beispiel bereits zu erkennen ist, wird die vorgeschlagene Erhöhung der Freibeträge vor allem für den Mittelstand eine finanzielle Entlastung bringen, Berufsschichten also, die am häufigsten ihre Kinder auf die Hochschule schicken. Ihnen kam die Studienförderung bisher nur in sehr geringem Maße zugute.

Sollte die Empfehlung des DSW-Kuratoriums über die Erhöhung der Freibeträge von den Regierungen und Parlamenten des Bundes und der Länder akzeptiert werden (worauf nach Verlautbarungen aus parlamentarischen Kreisen begründete Hoffnung besteht), dann würde das voraussichtlich Mehrausgaben von etwa 20 Millionen DM pro Jahr für die Studienförderung bedeuten.

Damit könnte eine Entwicklung abgefangen werden, die in den letzten Jahren dazu geführt hat, daß der Prozentsatz der Honnef-Stipendiaten erheblich zurückgegangen ist (von 19,25 % im Wintersemester 1958/59 auf die bereits genannten 15,3 % im Sommersemester 1962): Die Löhne und Gehälter stiegen nämlich analog zu den Preisen, die Frei-

beträge aber blieben konstant. Der prozentuale Anteil der Geförderten würde durch die Erhöhung der Freibeträge vermutlich wieder auf den Stand von 1958/59 ansteigen.

Die Empfehlung, die Honnef-Freibeträge zu erhöhen, basiert auf der Befragung eines statistisch-repräsentativen Querschnitts derjenigen Eltern von Studenten aller deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen, deren wirtschaftliche Situation für eine Überprüfung der Studienförderung die geeigneten Maßstäbe abzugeben vermochte. Diese Untersuchung wurde vom Deutschen Studentenwerk im Sommer 1961 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung in Frankfurt und mit der DIVO durchgeführt. Der Bundesminister des Innern hat die Untersuchung großzügig gefördert.

Die Befragung ergab eine Fülle von für die Studienförderung interessanten Erkenntnissen:

Die Eltern der Studierenden müssen im Durchschnitt damit rechnen, nur wenige Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben von der Studienfinanzierung aller ihrer Kinder entlastet zu sein. Auf diese Dauerbelastung scheinen sie sich unabhängig davon, wie lange sie noch berufstätig sein können, eingestellt zu haben.

Die Zahl derer, die eine Förderung aus prinzipiellen Erwägungen ablehnen, ist verschwindend gering. Die Vorstellung, daß die mittleren Einkommensschichten weitgehend nicht bereit seien, staatliche Hilfeleistungen bei der Ausbildung ihrer Kinder anzunehmen, findet in den Befragungsergebnissen keine Stütze.

Der Eigenverbrauch der Eltern der Studenten liegt weit über den Fürsorgetarifsätzen und ist auch höher als etwa die doppelten Fürsorgetarifsätze. Diese können also nicht als Maßstab für eine Förderung dienen, die der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage der Eltern entspricht.

Der Eigenverbrauch der Eltern steigt kontinuierlich mit dem Einkommen. Das gilt auch für die Aufwendungen für Wohnung und Versicherung. Je nach der Einkommenshöhe wird ein „Kompromiß“ zwischen dem Bedarf der Familie und dem des Studenten getroffen. Kinderreiche Familien müssen häufiger als andere auf das Studium ihrer Kinder verzichten, weil die finanzielle Belastung zu groß ist. Familien mit einem Einkommen unter 1000,— DM ist es nur in seltenen Fällen möglich, mehr als ein Kind außer Hauses studieren zu lassen.

INHALT:

Die deutsche Hochschule, Wissenschaft und Forschung — Mit den Augen der Gäste . . .	2
Die Hochschule zwischen Anpassung und Widerstand — „Studium und Hochschule“, eine Tagung in der Ev. Akademie Loccum . . .	4
Die Hamburger Beschlüsse des VDS (2) . . .	5
Kurz berichtet . . .	8
„Stiftung Volkswagenwerk-Stipendium“ . . .	9
Die 18. MV des BSPH . . .	10

Die Bereitschaft, sich zugunsten der Finanzierung des Studiums der Kinder einzuschränken, ist nicht unterschiedlich je nachdem, ob ein Sohn oder eine Tochter studiert. Hingegen bestehen — wenn auch nicht sehr ausgeprägt — Unterschiede zwischen den Berufsschichten. Arbeiter schränken sich mehr ein als die übrigen Berufsgruppen, Selbständige aber nicht weniger als Beamte und Angestellte. Dagegen sind auch Akademiker offenbar zu etwas größeren Verzicht auf zugunsten ihrer studierenden Kinder bereit als die übrigen. Auch Vertriebene und Flüchtlinge schränken sich — trotz des Nachholbedarfs — eher als die übrigen ein.

Die Eltern der Studierenden sind zum größeren Teil der Auffassung, daß es vor allem ihre eigene Aufgabe sei, das Studium der Kinder zu finanzieren. Die Befragung ergab folgende Rangordnung über die Einstellung der Eltern zur Studienfinanzierung.

1. durch die Eltern,
2. aus öffentlichen Mitteln,
3. durch Darlehen.

Akademiker treten häufiger für die Studienfinanzierung durch die Eltern ein. Die Eltern allerdings, die sich während ihres Studiums selbst durchschlagen mußten, sind häufiger für eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Die Bereitschaft, ihre Kinder Darlehen für die Studienfinanzierung aufnehmen zu lassen, ist bei allen Eltern gering.

Werkarbeit ist auch bei den Studierenden, deren Eltern höheren Einkommensschichten angehören, sehr verbreitet. Die Einstellung zu ihr hängt nicht vom Einkommen ab. Soweit überhaupt, wird Werkarbeit während der Semesterferien von der Mehrzahl der Eltern höchstens bis zum 4. Semester für vertretbar gehalten. Werkarbeit während der Vorlesungsmonate ist vielfach die Folge wirtschaftlicher Notlage bzw. mangelnder Förderung.

Als tatsächliche monatliche Gesamtstudienkosten konnten während der Befragung im Durchschnitt rund 300,— DM

ermittelt werden. Der Betrag, den die Eltern im Durchschnitt für erforderlich halten, liegt um 350,— DM.

Die Häufigkeit von Vermögen der Eltern, das nach den Richtlinien der Studienförderung verwertet werden muß, steigt mit dem Einkommen. Bei der Einkommensgruppe zwischen 1600,— und 1800,— DM verfügen zwei Fünftel der Befragten über Vermögen. Damit scheint die Grenze gegeben zu sein, bis zu der eine Förderung noch vertretbar ist.

Rund ein Viertel der Studierenden, die im Sinne der Richtlinien für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell bedürftig sind, erhält keine Förderung. Dazu zählen die wegen mangelnder Eignung Abgelehnten, ferner die Studenten, die keinen Antrag stellen, weil sie falsche Vorstellungen über die Voraussetzungen einer Förderung oder von der Förderung bisher noch nichts gehört haben.

Bei der Empfehlung, die Darlehen an den Anfang des Studiums zu verlegen (sie basiert nicht auf den Ergebnissen der oben erwähnten Untersuchung), ging das DSW-Kuratorium davon aus, daß das bisherige Darlehenssystem unbefriedigend ist: Die Darlehensbelastung des Studenten ist nämlich ungleich, je nachdem, ob seine Eltern mehr oder minder gut verdienen. Im letzteren Fall bekommt er den vollen Förderungsmeßbetrag von 245,— DM, muß ein höheres Darlehen aufnehmen und geht so mit einer höheren Schuldenlast in den Beruf als ein Student, der wegen des höheren Einkommens seiner Eltern nur einen Teil des Förderungsmeßbetrages bekommt. Bei der vorgeschlagenen Regelung wäre die Belastung hingegen gleich.

Außerdem bereitet die Eignungsfeststellung für die Anfangsförderung den Hochschulen erfahrungsgemäß Schwierigkeiten. Würden, wie vorgeschlagen, während der Anfangsförderung Darlehen vergeben, fiel es den Hochschullehrern leichter, bei der Aufnahme in die Anfangsförderung großzügiger zu sein. Das entspräche dem ursprünglichen Sinn der Anfangsförderung, jedem Studenten eine gleiche Startchance zu geben.

Die Darlehensbelastung wäre durch die Neuregelung keineswegs höher als bisher. Eberhard Mannigel

Die deutsche Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Mit den Augen der Gäste

HD — Aus der Feder der Gäste aus dem Auslande an unseren Hochschulen und Wissenschaftsstätten zu erfahren, „was sie an den deutschen Hochschulen ändern würden, wenn sie diese umgestalten müßten“, hat die Alexander-von-Humboldt-Stiftung durch eine freimütige Rückfrage in Erfahrung zu bringen unternommen. Wie wir bereits in der Erörterung des Tätigkeitsberichtes in der letzten Ausgabe erwähnten, tragen die Antworten hierauf auch für die innerdeutsche Diskussion interessante Hinweise bei. Wir geben in der Folge einige Beispiele dafür, die zugleich auch über die nationalen Mentalitäten manchen Aufschluß ungewollt vermitteln.

Das Prinzip der akademischen Freiheit wird von der Mehrzahl der Forschungsstipendiaten skeptisch beurteilt. Einführung und Ausbau von Studienprogrammen für Studienanfänger bestimmter Fächer der Naturwissenschaften, wie der Mathematik, Medizin und Ingenieurwissenschaften, werden allgemein als nützlich empfunden. Ein Kanadier weist eindringlich darauf hin, daß in den Ingenieurwissenschaften in Deutschland eine weit größere Lernfreiheit als in seiner Heimat bestehe und daß dies zu recht positiven Ergebnissen führe. In den Ingenieurwissenschaften sei an sich auch in Deutschland wenig Platz für die akademische Freiheit. Dafür lassen sich Gründe anführen. So seien z. B. für das Verständnis des größten Teils der ingenieurwissenschaftlichen Vorlesungen Vorkenntnisse notwendig, die nur in grundlegenden Vorlesungen an den Technischen Hochschulen erworben werden können. Die gewisse Aufeinanderfolge von Übungen und Vorlesungen sei dabei umständehalber vorgeschrieben. Im ganzen handhabe man aber die Ausbildung der Ingenieurwissenschaftler in Deutschland viel freier als in Kanada, wo eine Mannschaftsausbildung erfolge.

Die Stipendiaten erkennen die bildende und erzieherische Kraft an, die durch die Möglichkeit der freien Wahl der Studienfächer usw. dem Studenten gegeben sei. Auch ein

Irrtum durch die Entscheidungsfreiheit, nicht selten nahelegend, habe Bildungswert.

Mit einem Hinweis auf die Kontaktschwierigkeiten in der deutschen Hochschule, auf die Überfüllung in allen ihren Institutionen und auf den hohen Prozentsatz der „akademischen Sterblichkeit“ setzen sich vier Fünftel der Stipendiaten für eine stärkere Studienberatung, Umgestaltung des Studienplanes, sowie für einen weiteren Ausbau von Vor- und Zwischenprüfungen ein. Die Gefahr einer „Verschulung“ wird nicht gesehen.

Hinsichtlich des Numerus clausus enthalten 80 von 100 Erfahrungsberichten die Empfehlung, die Zulassung von Studenten zu Fächern besonders großen Andrangs energisch einzuschränken. Der Grund mag darin liegen, daß vielen Stipendiaten der Numerus clausus von der Heimathochschule als selbstverständlich bekannt ist.

Ein Norweger meint realistisch: Die Frage des fehlenden Numerus clausus berühre als Faktum die Überflutung der Hochschulen durch Massen von Studenten, mit denen das Personal und die sachlichen Einrichtungen nicht fertig werden können. Man müßte klären, warum denn diese Massen von jungen Menschen gerade zu den Hochschulen und Universitäten drängen, und untersuchen, ob nicht ein Teil von ihnen seine Bildungs- und Ausbildungsbedürfnisse ebensogut und vielleicht noch besser anderswo befriedigen könnte.

Über die Einführung eines Numerus clausus, speziell für ausländische Studenten, äußert sich ein Stipendiat aus dem Iran. „Warum darf zum Beispiel ein Landsmann von mir sich jahrelang an einer deutschen Hochschule einschreiben, nur damit er die Aufenthaltserlaubnis von der Polizei bekommen kann? Die Verschärfung der Ordnung an einer Hochschule schadet dem wahren Studenten nicht, verhindert aber den Mißbrauch.“ Man solle deshalb mindestens für die Ausländer eine Regelung finden, die dem heutigen Zustand Rechnung trage, heißt die Quintessenz hiervon.

In engem Zusammenhang mit dem Numerus clausus steht die weitere „Führung der Lernenden“ durch Zwischenprüfungen. Diese sollen sich nicht nur für die Gesamtheit der Studenten vorteilhaft auswirken, sondern zur Selbstkontrolle jedem Einzelnen von Nutzen sein. Verfechter wie Gegner von Zwischenprüfungen berufen sich auf die Auslese. Jedenfalls eigne sich das „System der Siebreihe“, das auch bei einem starken Aufgebot von Kandidaten technisch einwandfrei arbeite, zur gleichwertigen und durchschnittlichen Ausbildung der Studenten. Eine Reihe von Stipendiaten übt Kritik am großen deutschen Staatsexamen. So ein griechischer Mediziner: Nach einer Studienzzeit von mehr als vier Jahren näherte sich das Staatsexamen in Form von 17 Prüfungen, die jeder Student in einer Zeit von sechs, neuerdings wohl von vier Monaten abschließen soll. Daß der Student nach dem Staatsexamen frische Kenntnisse habe, sei nicht so wichtig. Er beginne seine Doktorarbeit und beschäftige sich mit seinem Spezialgebiet, so daß trotz der bei der Prüfung vorausgegangenen Anstrengung im Kopf nur die grundsätzlichen Kenntnisse von dem anderen Teil der Medizin bleiben.

Daß Prüfungsergebnisse wesentlich von der Nervenstärke, außer von der geistigen auch von der psychischen Veranlagung eines Kandidaten abhängen, sei kein Geheimnis. Nur selten sei, besonders in den sogenannten Nebenfächern die Forderung erfüllt, daß mindestens ein Vertreter der gemischt zusammengesetzten Kommission den Prüfling genauer kenne. Mehr noch als die Prozedur gibt das Resultat der Abschlußprüfung (Zeugnis, Diplome, Titel) Anlaß zur Kritik. Die Vielfalt der in sich beschränkten Bestimmungen und vor allem die mangelnde Gleichwertigkeit sich entsprechender Prüfungen sind für den Ausländer schwer zu verstehen. Die deutschen Examina würden im Ausland wegen der Differenzierung häufig nicht anerkannt und auch nicht angemessen bewertet.

Die Kritik der Stipendiaten am deutschen Examen weitet sich auch auf seine Vorbereitung, also auf den Studienbetrieb aus. Es wird vorgeschlagen, für jedes Fach, ja für jede Vorlesung zu Semesterbeginn ein Programm herauszugeben, das einen Einblick in den zu bringenden Stoff gewähre und außerdem eine ausführliche Literaturübersicht enthalte. Es solle ein Leitfadens sein, der Übersicht und Gliederung des Lehrstoffes gestatte. Rund 70 v. H. der Stipendiaten sind in diesem Sinne „programmfreudig“. Den Stipendiaten ist bewußt, daß bei der deutschen Lehrmethode neue wissenschaftliche Forschungsergebnisse leichter Eingang in die Hörsäle der Hochschulen finden könnten. Die Vorlesung ohne Lehrbuch habe aber andererseits auch Nachteile.

Auch in den geisteswissenschaftlichen Seminaren und Kursen gibt es Anlaß zur Kritik. Ein Nordamerikaner hält es für zweckmäßig, mehr Übungen enger an gleichzeitig laufende Vorlesungen anzuknüpfen. Die Lehrmethode der juristischen Fakultät in Deutschland scheint ebenfalls nicht alle Stipendiaten zufriedenzustellen. Die Auflageziffern der kleinen Repetitorien, auch Hauptnahrungsmittel der Mediziner kurz vor dem Physikum, steigen ständig. Es sei erstaunlich, mit welcher Weltverachtung, mit welchem Wissensdurst selbst als falsch bekanntgemachte Fakten und Zahlen auswendig gelernt würden.

Ein junger Norweger berichtet von seinen Erfahrungen an der Theologischen Fakultät. Auch er glaubt festgestellt zu haben, daß der Unterricht in Deutschland zu stark auf Schulbildung und Vielwissen ausgerichtet sei. Seine Meinung erläutert er durch ein kleines Erlebnis. In einem Seminar habe ein Dozent zu einem Studenten, der eine Seminararbeit schreiben sollte, ungefähr folgendes gesagt: „Wir sind nicht interessiert zu hören, was Sie über dieses Problem meinen, wir wollen nur hören, was die Professoren X Y dazu zu sagen haben.“ „Das ist“, fährt er fort, „das Gegenteil von dem, was wir gelernt haben. Zum Vergleich zitiere ich aus dem Studienplan für das theologische Studium in Norwegen: ‚Es macht einen peinlichen Eindruck beim Examen, wenn der Kandidat seine Lehrbücher und seine Lehrer reproduziert.‘ Damit ist gemeint: Das wichtigste ist nicht, zu wissen, was die Autoritäten meinen, sondern die Problemstellung zu kennen und in der Lage zu sein, sich eine persönliche Meinung zu bilden.“ Leider habe er aber in Deutschland in fast allen Seminaren und Examensarbeiten die hier geschilderte Erfahrung machen müssen. Dieser junge Theologe, der im weiteren auch „den Humor und die Selbstironie in der

wissenschaftlichen Diskussion“ vermisst, hat damit einen Komplex angerührt, der die Frage nach Lage und Richtung von Bildung und Ausbildung in Deutschland überhaupt stelle, besagt der Kommentar der Humboldt-Stiftung hierzu.

Die Verwirklichung des Prinzips der Einheit von Lehre und Forschung ist nicht eine rein deutsche Angelegenheit, sondern wird in nahezu allen Hochschulen der Welt angestrebt, wie ein Japaner zum Ausdruck bringt. „Die Einheit von Lehre und Forschung ist die Idee der Universität, da nur der, der selbst forscht, lebendig lehren kann.“ Da der Universität die Idee zur Ganzheit zu Grunde liege, habe man sich auch weiterhin um die Einheit von Lehre und Forschung zu bemühen. Die moderne Wissenschaft entwickle sich nicht allein durch hochspezialisierte Forschung, sondern auch durch die allgemeinen Kenntnisse der Wissenschaft von sich selbst. Um die Relativitätstheorie von Einstein aufstellen zu können, seien die Erkenntnislehre von Kant und die Philosophie Machs vorzusetzen gewesen.

Klar, leidenschaftslos und ohne wesentliche Bezogenheit auf „deutsche Verhältnisse“ wird in fast allen Erfahrungsberichten zur Einheit von Lehre und Forschung Stellung genommen. Zum zusätzlichen Zeitverlust der deutschen ordentlichen Professoren durch umfassende Verwaltungsaufgaben komme noch die leider nicht seltene Belastung durch Nebenbeschäftigungen. Diese seien weder typisch deutsch noch speziell akademisch, wirken sich aber gerade in der freien Wissenschaft zum Nachteil der ursprünglichen Tätigkeit aus.

Zur Forschung wird ausnahmslos beanstandet, wie wenig Mittel, bezogen auf die übrigen Ausgaben, im „Land der Dichter und Denker“ für Wissenschaft und Forschung aufgewendet werden. Vor Übertreibung isolierter, unkoordinierter Forschung glaubt ein Amerikaner, mit dem Hinweis auf die „deutsche Gründlichkeit“ warnen zu müssen.

Zur Situation des wissenschaftlichen Hochschulnachwuchses meldet sich ein Engländer zu Wort. „Die vielen Differenzen innerhalb des deutschen Lehrkörpers und die Schwierigkeiten, schnell vom Assistenten zum Dozenten und vom Dozenten zum Professor aufzusteigen, bedeuten einen großen Nachteil im Vergleich mit dem mehr offenen System in England und den USA. Das Fehlen junger Leute mit verantwortlichen Positionen in den deutschen Universitäten läßt diese Universitäten schlecht abschneiden. In Oxford ist ein großer Teil der Lehrpersonen unter dreißig Jahren. Dieses Fehlen von günstigen Gelegenheiten für junge Dozenten in Deutschland muß sehr entmutigend wirken. Die aktivsten Jahre eines Wissenschaftlers sind gewöhnlich die zwischen 25 und 35. Es scheint daher zweckmäßig, daß tüchtige Assistenten auch ohne Habilitation Vorlesungen halten können. Dies würde auch den Professoren und Oberassistenten das Lehramt erleichtern.“

Auch von einem Jugoslawen werden die Verhältnisse im — nicht selten mangelhaften — „Mittelbau“ beklagt. „Oft hat der Ordinarius in Deutschland keinen qualifizierten Mitarbeiter, der ihn in Lehrtätigkeit oder Institutsleitung entlasten könnte. Die wissenschaftlichen Assistenten, die zum Beispiel in Jugoslawien zum Dozenten vorbereitet und gewählt werden, sind nach den gesetzlichen Vorschriften in der Bundesrepublik nur vorläufige Angestellte. Sie müssen ohne Habilitation nach vier, höchstens fünf Jahren die Hochschule verlassen, gerade, wenn sie für die Universität wertvoll zu werden beginnen.“

In den Berichten wird allgemein angeregt, die Habilitation zu erleichtern, die Berechtigung, Vorlesungen halten zu dürfen, auch Unhabilitierten einzuräumen und im übrigen die Promotion schwieriger zu gestalten. Dem Prestigeverlust deutscher akademischer Grade, vor allem des Doktorgrades und dem damit verbundenen Verlust an Ansehen der deutschen Universitäten im Auslande, könne nur durch Hebung der Anforderungen für solche Examen begegnet werden.

Besonders ausführliche Äußerungen gelten noch der allgemeinen Problematik der deutschen Hochschulen, wie ihrer Funktion als Korporation, der Gestalt der Hochschule allgemein und der Gestalt neuer Hochschulen insbesondere. Die Berichterstattung schließt mit Anregungen der Humboldt-Stipendiaten zur deutschen Hochschulreform, ohne hierbei verständlicherweise den Dschungel von Argumenten und Gegenargumenten lichten zu können.

Die Hochschule zwischen Anpassung und Widerstand

„Studium und Hochschule“ — eine Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum

HD — Zwischen Weser und Steinhuder Meer, im Dreieck Hannover-Minden-Nienburg, liegt der kleine Ort Loccum, Sitz einer weitbekannteren Evangelischen Akademie. Im November 1961 fand hier das erste Hochschulgespräch statt. Damals ging es um das Thema: „Universitäten neuen Typs?“. Noch stärker als vor anderthalb Jahren war jetzt, in der letzten Märzwoche, der Zuspruch zum zweiten Gespräch über „Studium und Hochschule“ am gleichen Ort. Etwa 150 Studenten, Professoren, Beamte der Kultusverwaltungen und Journalisten nahmen teil. Die größte Teilnehmergruppe stellten die Studenten (fast 50%), doch hatten auch die Behörden erstaunlich viele Beamte delegiert. Zwar war ein gutes Dutzend Ordinarien anwesend, darunter zwei Magnifizenzen, doch fehlten Angehörige des sogenannten „Mittelbaus“ fast völlig. Als bald stellte sich heraus, daß das sehr allgemein gehaltene Generalthema durchaus konkreten Inhalt besaß. Es ging vorwiegend um Studienreform, Selbstverwaltung und Studentenförderung. Rückhaltloser als sonst üblich wurden die Ursachen dafür analysiert, daß die Hochschulreform bisher in den Ansätzen steckenblieb, doch zeichneten sich auch positive Aspekte ab.

Selbstkritik des Wissenschaftsrats

Kurios genug: wenn heute Studenten und Professoren einmal ganz in Ruhe miteinander reden wollen, müssen sie sich in eine Oase zwischen Wiesen und Äckern zurückziehen. In den Hochschulstädten gibt es offenbar weder Zeit noch den rechten Raum für ein solches Gespräch. Gewiß, das soll sich in Bochum und Bremen über kurz oder lang ändern, aber was nützt das heute den akademischen Bürgern der anderen 32 Hochschulen? Insofern kann man den Wert solcher Einrichtungen wie dieser Akademien kaum überschätzen. Sie füllen eine wesentliche Lücke aus. Acht Referenten waren geladen, darunter so prominente Köpfe wie die Professoren Ludwig Raiser, Präsident des Wissenschaftsrats, und August Rucker, ehemals Kultusminister in Bayern. Aber auch die beiden führenden Vorstandsmitglieder des Verbands Deutscher Studentenschaften kamen zu Wort. Was Prof. Raiser anfangs darlegte, hörte sich zunächst wie kaum verklausulierte Selbstkritik an. Offen gab er zu — und solche Offenheit ehrt ihn ebenso wie das durch ihn vertretene Gremium — daß der Wissenschaftsrat die Reformkräfte in ihrer Wirksamkeit doch vermutlich unterschätzt und sie eher gelähmt als gefördert habe. Zum Problem der Studentenauslese, d. h. im Hinblick auf eine der angreifbarsten Positionen der deutschen Hochschule, habe der Rat bisher geschwiegen. Hier läge vielleicht tatsächlich ein Versäumnis vor. Demnach schien das Fazit, das Prof. Raiser zog, in manchen wesentlichen Punkten eher negativ als positiv zu sein.

Obwohl der Rat keine vollständige Konzeption für eine Neugestaltung des Hochschulstudiums antworten habe, sei von ihm doch eine Reihe von Grundsatzentscheidungen getroffen worden, die für die von ihm ausgesprochenen Einzelempfehlungen maßgebend waren. Versucht man, diese Grundsatzentscheidungen danach zu ordnen, wo der Wissenschaftsrat glaubte, sich mit seinen Empfehlungen der verwandelten gesellschaftlichen Wirklichkeit anpassen zu sollen, oder wo er umgekehrt solchen Tendenzen Widerstand entgegengesetzt hat, zugunsten der traditionellen Gestalt der Hochschule, so ergibt sich (frei nach Schelskys Kategorien „Anpassung“ und „Widerstand“) folgendes Bild:

Neue Bedürfnisse erfordern neue Methoden

1. Die Hochschule muß sich anpassen an das Erfordernis, eine stark gewachsene Zahl von Studenten aufzunehmen und auszubilden. Studienplätze müssen vermehrt, die Hochschulbauten erweitert, neue Stellen für die Vergrößerung des Lehrkörpers geschaffen und neue Universitäten gegründet werden. Ebenso muß sich die Hochschule in der Gestaltung des akademischen Unterrichts dem Umstand anpassen, daß jedenfalls die Anfänger noch eine geringere geistige Selbstständigkeit zeigen und Mühe haben, sich in den Anforderungen, die das Studium an sie stellt, zurecht zu finden. Endlich muß die Hochschule auch neuen Ausbildungsbedürfnissen, die in Staat und Wirtschaft aufkommen, insoweit Rechnung tragen, als es sich nicht um Prestigewünsche, sondern um wissenschaftliche Disziplinen handelt.

2. Dagegen muß die Hochschule Widerstand leisten gegen die Tendenzen, Forschung und Lehre institutionell zu trennen; abzulehnen ist es auch, das Ziel der Hochschulausbildung auf die Heranbildung von bloßen Spezialisten zu beschränken oder eine Gliederung des Hochschulwesens in dem Sinne einzuführen, daß die Mehrzahl der Hochschulen reine Unterrichtsanstalten mit stark schulmäßigem Betrieb werden und sich über ihnen eine kleine Zahl von sogenannten Forschungshochschulen für die Ausbildung einer Elite erhebt.

Das Beispiel des überfüllten Autobus

Am Beispiel eines hoffnungslos überfüllten Autobusses demonstrierte sodann Prof. Rucker die Notwendigkeiten und Konsequenzen einer Studienreform, als Basis aller weiteren Reformen. Neue Autobusse genügten nicht; nur modernere Typen, schnellere Wagen, bessere Wege, die Erschließung bisher unbefahrener Straßen versprächen Abhilfe. Allerdings müsse man auch die Fahrtausweise unterwegs kontrollieren (Zwischenprüfungen), sofern man nicht schon bei der Fahrkartenausgabe (Abitur) beginnen wolle.

Zusammenfassend erklärte Prof. Rucker, die steigende Zahl der Studierenden und die sich daraus ergebende Überfüllung der Hochschulen sei von sich aus noch kein Anlaß zu Reformen. Sie würden lediglich organisatorische Maßnahmen erfordern. Struktur und Konzeption der deutschen Hochschule entsprächen schon zur Zeit ihrer Neuordnung vor eineinhalb Jahrhunderten nicht der Begabung und den Zielen eines Teils der Studierenden. Nach Rucker sind die Bildungsgrundlagen der Studierenden so weitgehend geschwächt, daß sie von der Hochschule, die damit an die Stelle anderer Bildungsträger tritt, verstärkt werden müssen. Das veranlaßt die Hochschule, ihre eigene Stellung der Gesellschaft und dem Staat gegenüber neu zu ordnen. Die Zunahme des Wissensumfangs mache eine Umgestaltung der Lehre notwendig; die sich hieraus ergebenden Maßnahmen gestalten die Struktur des Lehrkörpers um und vergrößern seinen zahlenmäßigen Umfang.

Abgestimmte Maßnahmen notwendig

Die aus diesen Feststellungen sich ergebenden Maßnahmen sollten nicht einzeln, sondern gebündelt und aufeinander abgestimmt angewandt werden. Notwendig ist (nach Rucker) folgendes:

Übergang von der mittleren Bildungsebene auf die Hochschulen nur nach gemeinsamer Beurteilung oder Führung des zum Übergang auf die Hochschule bestimmten Nachwuchses.

Seminaristischer Betrieb der Grundvorlesungen. Regelmäßige Pflichtprüfungen in jährlicher oder semesterweiser Folge.

Verlängerung der Vorlesungszeit je Semester.

Beschränkung der Fachbildung zugunsten der Lehre der Grundlagenwissenschaften und der Ergänzung des Bildungsfundus.

Verkürzung des Studiums der „Werkkundigen der Gelehrsamkeit“.

Aufbauende Studiengänge für die wissenschaftlich Begabten.

Sonderregelungen für wenig überlastete Fachgebiete und für hervorragende Begabungen.

Damit waren die Weichen gestellt für die zeitweise sehr lebhaft Auseinandersetzung, in der Raiser von der „Abriechung“ von nur „Werkkundigen“ warnte (z. B. jeder Jurist müsse jenseits der Paragraphen auch die Problematik von Macht und Recht begreifen lernen) und ein Student wiederum die Berufsausbildung als solche in Schutz nahm.

Studenten wollen als Partner anerkannt werden

Dann trat der erste studentische Referent ans Vortragspult, Heinz-Theodor Jüchter, erläuterte noch einmal die (an dieser Stelle schon besprochene) Denkschrift des VDS mit ihrer Neugliederung des gesamten Studienablaufs und begründete ausführlich, warum der Student gleichberechtigter Partner im akademischen Raum sein wolle, nicht Objekt der Verwaltung, nicht Schüler oder Untergebener des Pro-

fessors. Was er sehr nüchtern sagte, machte zuweilen beinahe böses Blut: sollte nicht der Student erst in aller Bescheidenheit etwas lernen wollen, ehe er mehr verlangen kann? Nein, meinte Jüchter, unterstützt von seinen Kommilitonen, wir wollen wissenschaftliche Arbeit dadurch lernen, daß wir vom ersten Semester an wissenschaftlich mitarbeiten und ernst genommen werden.

Demgemäß weitete sein Kommilitone Lothar Krappmann diese Forderungen noch aus, indem er nachwies, wie wenig Mitverantwortung man den Studenten im akademischen Raum überläßt, wie stark ihre „Selbstverwaltung“ eingegrenzt ist. Druck erzeugt Gegendruck. So erklärt es sich, daß die Studenten (laut Krappmann) nun auch im Senat und bei Berufungen mitwirken wollen, wie sie es übrigens in der Freien Universität Berlin schon lange tun können. Auch die Studentenwerke, die u. a. sämtliche Stipendien-gelder des „Honnefer Modells“ verwalten, wollen sie übernehmen. Die Studenten betrachten ihre Selbstverwaltung als eine Keimzelle demokratischen Verhaltens. Hier könnten mündige Staatsbürger lernen, was Selbstverantwortung heißt, ohne den Staat ständig zu belasten und zu beanspruchen. Es sei zu hoffen, daß in absehbarer Zeit die Rechtsfähigkeit der Studenten anerkannt und ihre Aktivität vervielfacht werden könne.

Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Reform

Geradezu brillant demonstrierte Prof. Christian Graf Krockow (Göttingen) die „Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Reform“. Von ihm erfuhr man, daß die weitreichende äußere Neubauplanung der Göttinger Universität ohne den grundlegenden Versuch einer inneren Neuordnung unternommen wird, daß sie baulich etwa dem Stil „Spätes 3. Reich, früher Hellwege“ entsprechen wird (laut Studentenwitz). Inzwischen wandern manche der Besten nach dem „2. Mössbauereffekt“ in die USA ab. Dennoch prophezeit Graf Krockow, daß der Zwang zum internationalen Vergleich, die Aktivität der politischen Parteien, von denen er die SPD für die auf diesem Gebiet fortschrittlichste hält, und die Großindustrie über kurz oder lang eine Reform erreichen könnten. Leidenschaftlicher Zwischenruf: „Warum vergessen sie dabei uns, die Studenten?“

Am Thema der Kollegienhäuser, das Dr. Eckart Heimendahl (früher Wissenschaftsrat) behandelte, brach der alte Streit um die Gefahr der Kasernierung wieder auf. Bei

allem Verständnis für die Haltung der Studenten wunderte man sich jedoch darüber, warum man ihrerseits nicht wenigstens das Experiment mit einer solchen Einrichtung befürwortet, anstatt allzu hartnäckig an den von ihnen empfohlenen „Arbeitsgruppen“ festzuhalten.

Über „Probleme der Studentenförderung“ in offizieller Sicht sprach Oberregierungsrat König vom Bundesinnenministerium. Danach hat das Honnefer Modell, als ein Beitrag zur Hochschulreform, manche seiner Ziele, wenn auch nicht alle, erreichen können. Die Werkarbeit wurde stark vermindert. Allerdings kam es nicht zu dem erhofften Gespräch zwischen Professoren und Studenten, weil die Studentenzahlen zu rasch anstiegen. Was die Prüfung der Bedüftigkeit betrifft, so wird zur Zeit eine großzügigere Anfangsförderung erwogen, doch stößt der danach geplante erhöhte Einsatz von Darlehen auf Widerstand bei den Studenten und ihren Eltern. Über die sogenannten „Marburger Empfehlungen“ ließe sich noch nichts Endgültiges sagen, zumal niemand wisse, was sie kosten würden. Würde man sie durchführen, könnte sich aus ihnen eine Benachteiligung der Familien mit mehreren Kleinkindern ergeben. Überhaupt sei das Honnefer Modell nicht isoliert zu betrachten, sondern müsse im größeren Zusammenhang einer Hochschul- und Sozialreform betrachtet werden, da sich in ihnen Hochschule und Sozialstaat berühren. Im „Ausbildungsförderungsgesetz“ würde allerdings der soziale Aspekt den Vorrang erhalten.

Schattenreicher Optimismus als Fazit

Als Exponent der Veto-Gruppen, die bisher angeblich eine Reform verhindert haben, bezeichnete sich selbst Prof. Rudolf Haas, Hamburg. Seine Ausführungen zum Thema „Student und Hochschule“ beschränkten sich größtenteils auf historische Vergleiche. Für ihn ist der Student in erster Linie ein akademischer Bürger, der für seine „akademische Freiheit“ mitverantwortlich ist, das Studium als eine hervorragende politische Propädeutik betrachten solle. Im übrigen müßten die studentischen Reformvorschläge dankbar aufgenommen und ernsthaft geprüft werden.

Schattenreicher Optimismus, eingebettet in Resignation, war das Fazit. Klug geleitet von Pastor Dr. Hans Bolewski, erhellte das Gespräch alle nur denkbaren Perspektiven des Problems. Für Loccum galt nicht, was Ernst Jünger einmal sagte: „Der Mensch tagt, aber es dämmert nicht.“

Dr. Hannes Schmidt

Die Hamburger Beschlüsse des VDS (2)

Hochschulfragen

Intensivierung des Studiums

Die 15. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften nimmt die vor allem mit der Bundestagsdebatte vom 13. Februar aufgenommene Diskussion um eine Intensivierung des Studiums zum Anlaß, zu einigen Vorschlägen Stellung zu nehmen:

1. Die Studentenschaft begrüßt ausdrücklich, daß bei den Maßnahmen zur Intensivierung des Studiums besonderes Gewicht auf den Studienanfang gelegt wird. Es widerspricht nicht dem Grundsatz der akademischen Freiheit, dem Studienanfänger stärkere Orientierungshilfen zu geben. Der VDS wird vor allem begrüßen, wenn die Lehrveranstaltungen für Studienanfänger reformiert werden.

Die Anfänger-Vorlesungen sollen in den meisten Disziplinen eine methodisch-verbesserte Form erhalten, die Arbeit in kleinen Gruppen unter Anleitung wissenschaftlicher Tutoren soll verstärkt werden.

Der erste Abschnitt des Studiums, der mit einer Zwischenprüfung abgeschlossen werden kann, soll unter intensiver Anleitung konzentrierter als bisher den Grundstock für spezialisiertes wissenschaftliches Arbeiten legen.

Die 15. o. MV beauftragt den Vorstand, gemeinsam mit den Fachverbänden detaillierte Vorschläge auszuarbeiten.

2. Die 15. o. MV hält die Einführung von Trimestern für nicht geeignet, die Arbeit im Studium zu konzentrieren. Sie befürchtet nicht nur eine übermäßige Belastung der Hochschullehrer, sondern auch eine Vernachlässigung des privaten Studierens des einzelnen Studenten, für das er heute in der Regel gerade im zweiten Abschnitt seines Studiums nur noch in den Semesterferien Zeit hat.

Deshalb scheint der MV eine Verlängerung der Lehrveranstaltungen im Sommersemester auf 4 Monate dringend notwendig. Bei den geisteswissenschaftlichen Fakultäten brächte die Verlängerung zugleich den Vorteil, daß beide Semester einander angeglichen sind und Seminare in beiden Jahreshälften gleich gründlich arbeiten können. In den naturwissenschaftlichen und technischen Abteilungen müßten die zeitlichen Schwierigkeiten berücksichtigt werden, die durch das geforderte Industriepraktikum entstehen.

3. Im Zusammenhang mit einer Intensivierung ist eine gründliche Reform der bestehenden Prüfungsordnungen unumgänglich. Vor allem muß eine Konzentrierung des Stoffes im Sinne exemplarischen Studierens erreicht werden. Die Prüfung soll das Schwergewicht darauf legen, daß der Student arbeiten kann. Auch sollen sich die Bestimmungen der Prüfungsordnungen stärker an Aufbau und Gestaltung des Studiums orientieren.

Kapazitätsprobleme und numerus clausus

Die Vertreter der deutschen Studentenschaften beobachten, daß sich weiterhin die Studentenzahlen an den wissenschaftlichen Hochschulen schneller als die Ausbildungskapazitäten vergrößern. Besonders in den Fächern Pharmazie, Chemie, Medizin und Zahnmedizin, den Wirtschaftswissenschaften und den „Massenfächern“ der Philosophischen Fakultät ist die Situation der wissenschaftlichen Ausbildung katastrophal. An zahlreichen Hochschulen bestehen Zulassungsbeschränkungen.

Die Überfüllung der Hochschulen führt

- zur Verlängerung der durchschnittlichen Studierendauer zum Teil über mehrere Jahre hinaus und
- zur Erschwerung befriedigender Studienleistungen.

Der VDS fordert, daß bei dem Ausbau und Neubau von Hochschulen die genannten Fächer Vorrang haben müssen. Er betont, daß Einschränkungen der freien Wahl der Hochschule und vorübergehende Zulassungsbeschränkungen nur Notmaßnahmen, keineswegs aber eine Lösung des Problems der Überfüllung sind. Eine allgemeine Einschränkung ist nur denkbar bei Gefährdung der Arbeitsunfähigkeit der Hochschule überhaupt. Der VDS stimmt mit dem von der Westdeutschen Rektorenkonferenz veröffentlichten Gutachten von Prof. Dr. Klein darin überein, daß allgemeine Zulassungsbeschränkungen nur nach exakter und ständig überprüfter Feststellung der Kapazität der Hochschule verantwortet werden können.

Die Einschränkung des Rechts des Studenten auf Ausbildung und freie Wahl der Ausbildungsstätte im Einzelfall durch Verzögerung oder durch Verweigerung der Zulassung würde nach wie vor unter dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller stehen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben. Wenn sich jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt Zulassungsbeschränkungen auf Grund des Mangels an Arbeitsplätzen als unumgänglich erweisen, so muß eine Auswahl ausschließlich nach objektiv-fachbezogenen Kriterien erfolgen. Solche Kriterien sind für jede Fachrichtung einzeln zu erarbeiten.

Das wird im Regelfalle bedeuten, daß erst eine vorläufige Eignungsprüfung nach den ersten Semestern eine ausreichende Grundlage für eine Zulassungsbeschränkung geben kann, die dem besonders Geeigneten die sofortige Möglichkeit gibt, weiterzustudieren.

Europäische Einigung und Hochschulwesen

Mit dem Zusammenwachsen der europäischen Länder zu einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft stellen sich für die Hochschulen und für die Studentenschaften neue Möglichkeiten und Aufgaben der Zusammenarbeit.

Die Hochschulen in allen europäischen Ländern stehen gegenwärtig vor der zentralen Frage, eine starke Expansion der höheren Ausbildung auf Jahre hinaus zu meistern. Austausch von Erfahrungen und Planungen können für den erforderlichen Aus- und Neubau von Hochschulen Impulse und Anregungen geben.

Angesichts der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet und der wachsenden Kosten für die Errichtung und den Betrieb von Forschungs- und Ausbildungsstätten sollte eine enge Zusammenarbeit und eine Koordination der Planungen zur Arbeitsteilung und damit auch zur Verteilung der Lasten führen.

Der VDS befürwortet einen breiten Austausch von Dozenten, Assistenten und Studenten zwischen allen europäischen Ländern und erweiterte Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit in Forschung und Ausbildung. Er begrüßt die Bemühungen zur internationalen Erforschung des Bildungswesens beim Europarat und bei der OECD. Er fordert für die Hochschulen eine großzügige Anerkennung und Angleichung der Studien- und Prüfungsbestimmungen; er befürwortet die dadurch ermöglichte Verbreiterung der Ausbildungsmöglichkeiten.

Die Studentenschaften möchten helfen, die bestehenden und abzuschließenden Verträge zwischen den einzelnen Ländern zu erfüllen.

Die Studentenschaften weisen aber in diesem Zusammenhang deutlich darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern auf dem Gebiete des Hochschulwesens niemals etwa auf ein „Europa der Sechs“ beschränkt bleiben darf.

Die Studentenschaften bitten auch zu prüfen, mit welchen Maßnahmen eine engere Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Osteuropa erreicht werden kann.

Der Vorstand wird beauftragt, bei den Bemühungen um eine Konkretisierung dieser Programme mit den anderen europäischen Studentenschaften eng zusammenzuarbeiten.

Studentische Clubs

Die Studentenschaft unterstützt weiterhin die Einrichtung studentischer Zentren an den Hochschulen, wie sie im Kieker Studentenhausplan des DSW vorgeschlagen worden sind.

Es geht der Studentenschaft dabei insbesondere darum, neben den sozialen Einrichtungen offene Treffpunkte für die Studenten und Ansatzpunkte zur informellen Gruppenbildung zu schaffen. Cafés, Clubräume, gemütliche Ge-

sprächsmöglichkeiten scheinen besonders geeignet. Erst auf dieser Grundlage ist die Einrichtung von Funktionsräumen in den Studentenhäusern sinnvoll, die der gemeinsamen Ausübung bestimmter Freizeitinteressen dienen.

Die Studentenschaft ist der Ansicht, daß es solche Möglichkeiten der Begegnung, der Gespräche und der Erholung nicht nur in einem zentralen Studentenhaus, sondern an vielen Stellen in der Hochschule — etwa in den Seminaren und Instituten — geben soll. Sie bilden zugleich den Ansatz für Entstehung und Kontinuität informeller, offener studentischer Gruppen und für „Clubs“ auf fachlicher Grundlage.

Sowohl die Einrichtung solcher Treffpunkte wie die Unterstützung solcher Gruppen sollte von der Studentenschaft und aus Mitteln der Jugendpläne gefördert werden.

Fachschaftsarbeit, Fakultätsvertretung, Fakultätentage

Die 15. o. MV erkennt die Notwendigkeit, die Arbeit der Studentenvertretung intensiver als bisher von der Fachvertretung her aufzubauen.

Den Fachvertretungen obliegt die Vertretung sich unmittelbar aus dem Fachstudium ergebender Interessen. Sie scheinen besonders geeignet, das Interesse an der Arbeit der Studentenvertretung zu fördern.

Die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit Fragen der Studienreform hat im Fach ihr Fundament. Von hier aus können darüber hinaus wesentliche Aspekte zur Hochschulreform gewonnen werden.

Fachschaftsarbeit hat drei Hauptaufgaben:

1. Behebung organisatorischer und sachlicher Mißstände im Studienbetrieb,
2. Förderung fachbezogener Kommunikation innerhalb der Studentenschaften,
3. Ergänzung des Fachstudiums durch fachbezogene Veranstaltungen.

In Abgrenzung gegenüber der Fachschaftsvertretung hat die Fakultätsvertretung im wesentlichen folgende Aufgaben:

1. Vertretung der gesamten fachlichen Belange der Studierenden einer Fakultät,
2. Vertretung der Studenten in der Fakultät (engere Fakultät!),
3. Koordinierung der Fachschaftsarbeit.

Die derzeitige Stellung der örtlichen Fachvertretungen wird ihrer Bedeutung innerhalb der gesamten Studentenvertretung nicht gerecht und gewährleistet nicht die Wahrnehmung der sich im Rahmen der Vertretung fachlicher Belange ergebenden Aufgaben.

Es gehört daher zu den dringendsten Aufgaben der örtlichen Studentenvertretungen, Einrichtung und Aufbau der Fachvertretungen im Sinne nachfolgender Empfehlungen besonders zu fördern:

1. Fachschaften werden — entsprechend den Fachverbänden im VDS — als Organe in die örtlichen Studentenvertretungen eingegliedert.
2. Die örtlichen Studentenvertretungen tragen ggf. für die Gründung und den Aufbau von Fachschaften Sorge. Ihr Aufbau orientiert sich an den Fachverbänden; in der mathematisch-naturwissenschaftlichen und in der philosophischen Fakultät sollten die großen Fächer für den Aufbau maßgebend sein.
3. Die finanzielle Sicherstellung der Fachschaften im Rahmen der Haushalte der Studentenschaften muß gewährleistet werden. Dabei sollte ein fester Grundbetrag sowie eine „Spitze“ für besondere Aktivitäten vorgesehen werden. Der Grundbetrag muß den Fachschaften ermöglichen
 - a) die laufenden Geschäfte ordentlich zu führen,
 - b) ihren Aufgaben (s. oben) nachzukommen,
 - c) ggf. Sonderaufgaben übernehmen zu können und
 - d) mindestens einen Vertreter pro Semester und Fachverbandstagung in die entsprechenden Fachverbände entsenden zu können.
4. Eine Rahmenordnung (Fachschaftenordnung der Studentenschaft) regelt den Aufbau der Fachschaften im Rahmen der Satzung der Studentenschaft und bestimmt gleichzeitig Formen der Zusammenarbeit der Fachschaften untereinander, der Fachschaften und Fakultätsvertretungen (Parlament) sowie der Fachschaften, Fakultätsvertretungen mit dem AstA.

5. Ständige bzw. zeitlich begrenzt tagende „Fachschaften-ausschüsse“ gewährleisten die Zusammenarbeit der Fachschaften an fachübergreifenden Einzelproblemen bzw. interdisziplinären Fragen.
6. Fachschaftsvertretungen werden verpflichtet, Kontakte mit Fakultätsvertretungen zu pflegen und umgekehrt; die Mitglieder der einen Vertretung haben jeweils in den Sitzungen der anderen beratende Stimme. Parlamentsmitglieder sollten grundsätzlich gleichzeitig der entsprechenden Fachschaftsvertretung angehören.
7. Die Fachschaftssprecher treten unter Einbeziehung entsprechender AStA-Vertreter (Hochschulreferenten) zur „Fachschaftsleiterkonferenz“ zusammen, die dazu dient,
 - a) gegenseitige Anregungen für die Arbeit auszutauschen,
 - b) Informationsmöglichkeiten zu erschließen und Kompetenzen abzustücken,
 - c) Zusammenarbeit der Fachschaften mit dem AStA zu gewährleisten und
 - d) Haushaltsberatungen vorzunehmen.

Die Wahrnehmung der fachlichen Belange über die Fakultätsvertretungen hat immer in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachschaftsvertretungen zu geschehen. Die mit Universitätsorganen verhandelnden Studentenvertreter sollen vor ihren Besprechungen in Fachschaftsangelegenheiten die Fachschaftsvertreter hören.

Sozialfragen

Erhöhung der Freibeträge

Mit großer Sorge haben die Studentenschaften in den letzten Jahren feststellen müssen, daß das ständige Sinken des Prozentsatzes der nach dem Honnefer Modell geförderten Studenten nicht mit einem Sinken der Bedürftigkeit begründet werden kann. Vielmehr ist seit Jahren eine angemessene Anpassung der Freibeträge an die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse versäumt worden.

Es liegen jetzt wissenschaftliche Daten über die zumutbare Belastbarkeit des Elternhauses vor, die es erlauben, realistische Bedürftigkeitssätze festzulegen.

Viele der Familien, die durch die festgelegten Freibetragsgrenzen des Honnefer Modells nicht erfaßt werden, sind nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Untersuchungen gleichwohl als bedürftig anzusehen. Gerade diese Familien stellen erfahrungsgemäß einen hohen Anteil der Studierenden.

Die 15. o. MV. unterstützt nachdrücklich den vom VDS gemeinsam mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz und

Nachtrag

Durch ein technisches Versehen ist in unserem ersten Abdruck der Hamburger Beschlüsse des VDS in der vorigen Ausgabe („Unser Ziel ist der freie und verantwortliche Student!“) nachstehender Absatz aus Teil II des Kapitels „Neue Hochschulen“ ausgelassen worden. Wir tragen ihn hiermit nach und bitten unsere Leser um frdl. Nachsicht — D. Red.

5. Die Medizinischen Akademien

Für die Gründung von Medizinischen Akademien schließt sich die 15. o. MV der Stellungnahme des Fachverbandes Medizin im VDS an.

Medizinische Akademien sollten mindestens als Naturwissenschaftlich-Medizinische Hochschulen errichtet werden, die alle Voraussetzungen — insbesondere in städtebaulicher Hinsicht — für einen späteren Ausbau zur Volluniversität bieten. Auf diese Weise können Ansatzpunkte für weitere Neugründungen von Universitäten geschaffen werden.

Die augenblickliche durch Überfüllung der Hörsäle gekennzeichnete Notlage darf nicht zu überstürzter Errichtung von Einzelinstituten verleiten, die auf die Dauer die Medizinstudenten und ihre Lehrer in eine fachliche wie geistige Isolierung drängen müßten.

Um dieser Gefahr der Isolierung zu begegnen, sollen benachbarte Universitäten bis zum vollständigen Ausbau der Medizinischen Akademien deren Patenschaft übernehmen und regelmäßig Vorlesungen über geisteswissenschaftliche Themen und medizinische Randgebiete abhalten. Voraussetzung zu einer Errichtung neuer medizinischer Ausbildungsstätten ist eine Neuordnung des Medizinstudiums. Kernpunkt einer solchen Reform sollte die sinnvolle Koordination von theoretischer und praktischer Ausbildung im klinischen Bereich sein. Der VDS verweist auf die Vorschläge seines Fachverbandes Medizin.

dem Deutschen Studentenwerk ausgearbeiteten Vorschlag, die Freibeträge für Alleinstehende von 350,— DM auf 450,— DM, für Ehepaare von 510,— DM auf 725,— DM und für unversorgte Kinder von 170,— DM auf 200,— DM zu erhöhen.

Die 15. o. MV bittet Bund und Länder eindringlich, die überfällige Anhebung der Freibeträge zum baldmöglichen Zeitpunkt nachzuholen.

Gesamtdeutsche Fragen

Der Beschluß der 15. o. MV zur Stellung des VDS zur FDJ erhielt seine Endfassung auf ähnliche Weise wie der entsprechende Beschluß der 14. o. MV in München. Damals stand in der Beschlussvorlage zunächst die Ablehnung aller Kontakte mit der FDJ. Diese Formulierung mußte jedoch schließlich einer anderen weichen, deren letzte Sätze lauten: „Angesichts dieser Tatsache bestreitet der VDS erneut der FDJ das Recht, als legitime Vertretung der mitteldeutschen Studenten aufzutreten. Er bekundet seine Entschlossenheit, allen Bestrebungen dieser Organisation entgegenzutreten.“ Aus ähnlichen Gründen wie denen, die in München zur Umformulierung führten, strich die 15. o. MV nach langen Diskussionen vor dem Wort „Kontakte“ das Wort „inoffiziell“. Nur aus dieser Diskussion wird der Sinn dieses Beschlusses voll verständlich.

Stellung des VDS zur FDJ

Da sich an der Haltung der FDJ bis heute nichts geändert hat, bekräftigt die 15. o. MV nachdrücklich die Stellungnahme der 14. o. MV zur FDJ.

Der VDS betont, daß nach wie vor die Zusammenführung der deutschen Studenten in Ost und West das vordringliche Ziel seiner Bemühungen ist.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann es sich jedoch nur um sportliche, fachliche, kulturelle und rein menschliche Kontakte handeln.

Verurteilung in der SBZ

Am 4. Juli 1962 verurteilte das Oberste Gericht der sowjetischen Besatzungszone in einem Schauprozess die Westberliner Studenten

Gottfried Steglich zu 15 Jahren Zuchthaus,
Carsten Mohr zu 7 Jahren Zuchthaus.

Innen wird vorgeworfen, einen Tunnel unter der Mauer hindurch gegraben zu haben, um so Ostberliner Bürgern die Flucht in den freien Teil der Stadt zu ermöglichen. Die Ostberliner Justiz nennt das

„ein Gewaltverbrechen gegen unsere Staatsgrenze, das unmittelbar die aggressive Politik der Bonner und Westberliner Ultras verwirklicht, die darauf hinausläuft, die Regelung der Westberlinfrage zu verhindern und schließlich die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen.“

(Neues Deutschland v. 5. Juli 1962)

Diese Urteile sind unmenschlich. Sie sind Ausdruck einer eindeutig politischen Justiz. — Die FDJ hat diese Urteile ausdrücklich gebilligt.

Die Namen Steglich und Mohr stehen stellvertretend für eine große Zahl von Ost- und Westberliner Studenten, die nach dem 13. August 1961 zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, weil sie sich für die Freiheit von Mitbürgern eingesetzt haben. Der Verband Deutscher Studentenschaften verlangt die Freilassung dieser Studenten.

Seminar über Wiedervereinigung

Die Diskussion der Verbändegespräche über Probleme der Wiedervereinigung soll im Rahmen eines Seminars fortgesetzt werden. Dieses Seminar soll im Laufe dieses Jahres stattfinden. Der Vorstand lädt dazu die Mitglieder sowie die Vertreter studentischer Gruppen ein.

In diesem Seminar sollen unter verschiedenen Aspekten eingehend Fragen der Teilung Deutschlands und die Möglichkeit einer Wiedervereinigung beraten werden. Das Ergebnis ist gegebenenfalls in einer Broschüre festzuhalten.

Seminar über Ostkontakte

Der Vorstand wird beauftragt, ein Seminar über Fragen der deutschen Ostpolitik durchzuführen.

Zweck des Seminars soll es sein, die Beziehungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften zu den Studentenschaften Osteuropas und die damit zusammenhängenden Fragen erneut zu überdenken. (Wird fortgesetzt!)

Kurz berichtet

Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Hans Lenz, hat in Paris Besprechungen mit dem französischen Staatsminister für Wissenschaft, Palewski, über die Fragen gemeinsamer deutsch-französischer Forschungen geführt und die Möglichkeiten der Intensivierung des wissenschaftlichen Austausches zwischen den beiden Ländern erörtert. Lenz hat im Anschluß an diese Besprechungen einige französische Forschungsinstitute, unter anderem das Atomzentrum von Saclay besichtigt. Im Rahmen der engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit, die im Vertrag vom 22. Januar 1963 beschlossen wurde, ist die Bildung gemischter deutsch-französischer Wissenschaftskommissionen vorgesehen, die die Aufgabe haben, ein gemeinsames Aktionsprogramm für die wissenschaftliche Forschung auszuarbeiten und daran Wissenschaftler und Forscher beider Länder zu beteiligen. Nach einem ersten Bericht hat den Minister besonders beeindruckt, daß „die französischen Wissenschaftler beneidenswert jung und selbstbewußt und bei ihrer Arbeit mit Begeisterung von der Mission ihres Landes erfüllt sind“.

Bundesminister Lenz schließt jetzt einen fünftägigen Besuch in Großbritannien an, wo er mit mehreren Mitgliedern der britischen Regierung zusammentreffen wird.

Mit einer Verdreifachung der Staatsausgaben für die Förderung der Wissenschaften rechnet Bundesminister Lenz in den nächsten Jahren. Bei einer Kundgebung des „Deutschen Atomforums“ in der Berliner Kongreßhalle erklärte er, daß der Etat seines Ministeriums zur Zeit 330 Millionen DM für die friedliche Nutzung der Atomenergie und 114 Millionen DM für die Raumfahrtforschung vorsieht. Nach den Äußerungen des Ministers besteht Einigkeit darüber, daß einige Arbeitsbereiche der Wissenschaftsförderung, die zur Zeit noch beim Bundesinnenministerium ressortieren, seinem Ministerium unterstellt werden und die Entscheidung darüber in Kürze vom Bundeskanzleramt getroffen würde.

Bei den Zusammenkünften mit dem französischen Erziehungsminister, die im deutsch-französischen Vertrag vorgesehen sind, soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung der Kultusminister eines Landes die Bundesrepublik vertreten. Die Bundesregierung will die Bundesländer bitten, dem Auswärtigen Amt hierfür einen Kultusminister zu benennen. Die Kultusminister beschlossen soeben auf der Sitzung der Kultusministerkonferenz in Wilhelmshaven, daß als deutscher Gesprächspartner der derzeitige Präsident der Kultusministerkonferenz delegiert werden soll.

„Stiftung Volkswagenwerk-Stipendium“

Das Kuratorium der Stiftung Volkswagenwerk hat am 22. März 1963 ein „Stiftung Volkswagenwerk-Stipendium“ zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geschaffen. Damit soll den immer dringender geäußerten Vorschlägen entsprochen werden, wissenschaftlich hochqualifizierten graduierten Nachwuchskräften materielle Anreize zu geben, ein Zweit- oder Ergänzungsstudium zu absolvieren, zusätzlich Sprachen zu studieren, eine für die Ausbildung notwendige Reise durchzuführen oder auch eine längere Zeit zu Studienzwecken im Ausland zu verbringen. Ein Teil der verfügbaren Mittel wird auch für Doktoranden-Stipendien vergeben werden.

Es ist beabsichtigt, die Stipendien bereits im Laufe des Sommersemesters 1963 anlaufen zu lassen. Für die Auswahl der Stipendiaten ist ausschließliche deren Leistung maßgebend. Die Stipendien werden über die Hochschulen und Förderungswerke für hochbegabte Studenten vergeben. Das Verfahren wird schnell und unbürokratisch sein. Der vorläufig bewilligte Betrag in Höhe von 3 Millionen DM wird es ermöglichen, zunächst einige hundert Stipendien so zu vergeben, daß ein Gegengewicht gegen den materiellen Anreiz, der oft gerade beste wissenschaftlich befähigte Kräfte möglichst schnell ins Erwerbsleben zieht, gebildet wird. Die Stipendien, die grundsätzlich erst nach erfolgreichem Abschluß eines Hochschulstudiums gewährt werden, sollen so bemessen werden, daß die künftigen jungen Wissenschaftler die Möglichkeit erhalten, ohne materielle Sorgen ihre Begabungen weiter zu entwickeln. Je nach den Erfahrungen, die mit diesem Experiment gemacht werden, wird das Programm ausgeweitet werden.

Sie wandten sich damit entschieden gegen die — an sich bereits überholte — Auffassung, daß ein Beamter des Bundes der jeweilige Gesprächspartner bei den künftigen Besprechungen mit dem französischen Erziehungsminister sein sollte.

Bundesinnenminister Höcherl dankte der Studienstiftung des deutschen Volkes und allen ihren ehrenamtlichen Mitarbeitern namens der Bundesregierung für ihre erfolgreichen Bemühungen in der Förderung begabter Studenten. Bundesinnenminister Höcherl nahm in Regensburg, seinem Heimatort, an einer Sitzung des Auswahlausschusses der Studienstiftung teil.

Die Forschung der Unternehmen steuerlich mehr zu fördern, appellierte der Vorstandsvorsitzende der „Degussa“, Prentzel, auf der Hauptversammlung der Gesellschaft in Frankfurt am Main. Prentzel machte auf die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen aufmerksam, die sich aus einer unzureichenden Forschung und Entwicklungsarbeit der Unternehmen ergeben. Stärkere und laufende Anstrengungen für die Forschung sind seiner Ansicht nach nötig, um in der Entwicklung gegenüber dem Ausland nicht zurückzufallen. Leider stelle der deutsche Fiskus die Unternehmen hinsichtlich der Abschreibungen für Gebäude und bewegliche Anlagegüter, die der Forschung und Entwicklung dienen, fühlbar ungünstiger, als dies in den anderen EWG-Staaten der Fall sei. (Siehe hierzu die Entschließung des Gesprächskreises Wissenschaft u. Wirtschaft im HD Nr. 6.) Prentzel, nach dessen Worten weitere Fortschritte, z. B. der industriellen Atomforschung von der staatlichen Unterstützung abhängig sind, hielt langfristige Forschungsverträge zwischen Staat und Industrie für notwendig.

Die Ernst-Röchling-Stiftung wird von der Familiengemeinschaft zum 75. Geburtstag von Dr. Ernst Röchling in Höhe von 500 000 DM eingerichtet. Die Stiftung wird der Universität des Saarlandes zur Verfügung gestellt und soll dazu dienen, mit Hilfe wissenschaftlicher Forschung die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu fördern.

Die Ausbildung qualifizierter Marktforscher will nach einer Starthilfe durch das Bundeswirtschaftsministerium die Industrie in Zukunft selbst finanzieren. In Düsseldorf hat sich unter Vorsitz von E. W. Mommsen, Vorstandsmitglied der Phönix-Rheinrohr AG ein Kuratorium hierfür gebildet. Bisher sind in zwei Ausbildungskursen von je 18 Monaten Dauer insgesamt 25 junge Wissenschaftler in die Technik der Marktforschung eingeweiht worden. Diese mittlere Ausbildungsstufe im „Laboratorium“ soll zwischen der Ausbildung an der Universität und der praktischen Ausbildung bei der Arbeit im Betrieb liegen.

Die Medizinische Akademie in Hannover ist nach einem Beschluß der niedersächsischen Landesregierung zum 1. April offiziell begründet worden. 1964 soll mit den Bauten begonnen werden. Wenn die Anatomie fertiggestellt ist, kann 1966 in Hannover mit dem vorklinischen Studium begonnen werden. Im Mittelpunkt des klinischen Unterrichts wird das Zentralklinikum stehen, das als erstes errichtet werden soll.

Der Ausbau der Universität Marburg auf dem außerhalb der Stadt gelegenen Gelände der „Lahnberge“ ist auf eine Bauzeit von zwei Jahrzehnten bemessen. Für diesen Hochschulausbau, für den eine besondere staatliche Neubauverwaltung eingerichtet wurde, werden 750 Millionen DM Baukosten veranschlagt. Das neue Marburger Universitätsviertel, das nach seiner Vollendung etwa 85 Prozent der gesamten Bauten der Philipps-Universität umfassen wird, soll unter anderem die vorklinischen Forschungsinstitute, das Hauptgebäude für die naturwissenschaftlichen Institute, Gebäude für technische Einrichtungen und das neue Klinikum enthalten.

Für die Ruhruniversität in Bochum ist die erste Vereinbarung für die Berufung eines Professors Ende März im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen unterzeichnet worden. Wie Ministerialdirigent Professor Wegener mitteilt, wird zur Zeit noch mit zwei weiteren Wissenschaftlern verhandelt. Insgesamt sind im Landesetat 1963 50 Pro-

fessorenstellen für Bochum ausgewiesen. Nach der Mitteilung von Professor Wegener ist mit dem Anlaufen des Lehrbetriebes der Ruhruniversität im Sommersemester 1965 für zunächst 1000 Studenten zu rechnen.

Auf einer arbeitsmedizinischen Fortbildungstagung in Dortmund wurde auf den Mangel an Lehrstühlen für Arbeitsmedizin hingewiesen. Die Einrichtung von ordentlichen Lehrstühlen für Arbeitsmedizin an den deutschen Universitäten wurde von dem Leiter der kassenärztlichen Vereinigung in Westfalen-Lippe Gerhard König gefordert. Er führte hierbei aus: Wenn in der sowjetischen Besatzungszone bereits neun solcher Lehrstühle bestünden, an französischen Hochschulen ebenfalls neun, komme die Bundesrepublik mit nur einem Institut in Saarbrücken immer mehr ins Hintertreffen.

Die Zahl der Lehrstühle an den Hochschulen im Bundesgebiet hat sich in den letzten drei Jahren von 1960 bis 1962 um 532 auf insgesamt 3634 erhöht. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die Zahl der Lehrstühle an den Hochschulen auf 4303 zu erhöhen, ist damit etwa zur Hälfte verwirklicht worden. 743 Lehrstühle sind an den Hochschulen der Bundesrepublik im vergangenen Jahr unbesetzt geblieben.

Die Reform der juristischen Ausbildung fordern die im Bundesreferendarverband, Sitz Berlin, vereinigten Landesverbände juristischer Referendare in einem Memorandum. Die Bundesrepublik sei nicht mehr in der Lage, die ihr zustehenden Spitzenpositionen in den europäischen Gemeinschaften und Behörden zu besetzen, weil sie keine geeigneten Bewerber habe. In der Denkschrift wird vorgeschlagen, das Studium in ein Grundstudium und ein Studium für Vorgerückte zu gliedern. Besonders qualifizierte Juristen müßten darüber hinaus die Möglichkeit zu vertiefendem Studium haben.

Das Ausbildungsalter der deutschen Studenten ist von dem Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans Dichgans, Düsseldorf, scharf kritisiert worden. In einer Denkschrift führt Dr. Dichgans aus, daß mit sechs Jahren ein deutscher Akademiker sein Schülerdasein beginne, und erst mit dreißig Jahren beende. 24 Jahre lang sei er das Objekt von Erziehung und Ausbildung, er brauche in dieser Zeit nicht zu entscheiden und nicht zu handeln. Für einen aktiv veranlagten Menschen sei diese Ausbildungsdauer schädlich. Der Vorschlag von Dr. Dichgans lautet, daß das Schlußexamen mit spätestens 26 Jahren zu absolvieren sei. (Wir werden über diese Denkschrift noch näher berichten. Die Red.)

Eine Reise nach Ägypten haben Ende März sechs westdeutsche Hochschulrektoren angetreten, um ein umfangreiches Besichtigungsprogramm in der VAR zu absolvieren. Die Rektoren wurden von dem ägyptischen Minister für höheres Erziehungswesen, Professor Dr. Abdel Aziz El-Sayed, eingeladen, um die Universitätsinstitute, Forschungszentren, Museen und historische Monumente aufzusuchen.

Über seine Expedition zur Erforschung des Alexander-Zuges hat Professor Dr. Boehringer, zuletzt Präsident des Deutschen Archäologischen Institutes, Sitz Berlin, in Bonn berichtet. Die Durchwanderung des Geländes sei nur durch jahrelange Gemeinschaftsarbeit möglich geworden. Überall warteten noch große Aufgaben der Archäologie für die kommenden Jahre. Allein in Afghanistan seien zur Zeit Grabungen von zehn Nationen im Gange, so von Italienern, Japanern, Engländern und Deutschen.

Siebzehn Professoren aus elf Ländern haben in Paris Pläne für ein Welttreffen der Universitätslehrer aus aller Welt im übernächsten Jahr bekannt gegeben. Die Konferenz soll Möglichkeiten erarbeiten, durch objektive Lehr- und Forschungstätigkeit zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

Weiterhin stellvertretender Vorsitzender der Atomkommission zu bleiben, hat der Ehrenpräsident der Max-Planck-Gesellschaft und Nobelpreisträger Professor Dr. Otto Hahn in einem Schreiben an den Bundesminister für wissenschaftliche Forschung zugestimmt.

Professor Siegfried Balke, der frühere Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, wurde zum Geschäftsführer der Sigi-Kohlefabrikate GmbH Meitingen-

Augsburg, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst AG und der Siemens-Planiawerke AG für Kohlefabrikate, berufen.

Dem aus Deutschland stammenden Wissenschaftler Alfred Keil hat die amerikanische Marine den wichtigen Posten des technischen Direktors ihres Modell-Versuchsbeckens „David Taylor“ übertragen. Keil war während des Krieges Sachverständiger der deutschen Marine für Unterwassersprengstoffe. 1947 wanderte er nach den USA aus und wurde leitender Wissenschaftler bei der Werft der amerikanischen Kriegsmarine in Norfolk.

Dem Philosophen und Physiker Carl Friedrich Frh. von Weizsäcker ist der diesjährige „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ verliehen worden. Der mit 10 000 DM dotierte Preis wurde dem Gelehrten zugesprochen für seine naturwissenschaftlichen und philosophisch-literarischen Verdienste und für seine Haltung, die sich im Titel seiner 1957 erschienenen Studie „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter“ bekundet.

Privatdozent Dr. Ernst Röhrig wurde kurz nach seiner Rückkehr aus einem sowjetzonalen Zuchthaus zum außerplanmäßigen Professor an der Forstwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen ernannt.

Als „überraschendes Urteil“ des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe wird der Freispruch des wissenschaftlichen Mitarbeiters im Max-Planck-Institut für Virusforschung in Tübingen, Dr. med. Peter Börner aus Jena betrachtet, der heimlich Berichte für das sowjetzonale Ministerium für Staatssicherheit schrieb, diese Berichte fotografierte und die Filme in Konservendbüchsen versteckt, an seinen Auftraggeber sandte. Der junge Forscher hatte eine längere Ausbildung für den geheimen Nachrichtendienst für die Ost-Berliner Agentenzentrale erhalten. Seine Bezüge für die Agententätigkeit sollen sich auf 8200 DM belaufen.

Über den Rückgang der Forschungsleistungen der deutschen Naturwissenschaften hat der Direktor am Max-Planck-Institut für Biologie in Tübingen, Professor Georg Melchers, in einem Vortrag berichtet. Er führte hierbei aus, daß es Gebiete gebe, an deren Entwicklung die deutsche Wissenschaft praktisch überhaupt nicht mehr beteiligt sei.

Ein Forschungszentrum in Bombay hat Premierminister Nehru in Goregaon bei Bombay für chemische und biologische Grundlagenforschung eröffnet. Es wird von der schweizer Firma Ciba errichtet und ist das erste von der Privatwirtschaft errichtete Forschungszentrum solcher Art in Indien und in ganz Südasien. Der Direktor, Dr. Govindachari zählt zu den führenden Forschern Asiens auf dem Gebiet der organischen Chemie. Das Zentrum in Bombay ist die vierte Forschungsanstalt des Ciba-Konzerns; die anderen drei sind in Basel, England und den Vereinigten Staaten. Bisher wurden für dieses Zentrum bereits 25 Millionen Rupien aufgewendet. Das Personal wird noch in diesem Jahre auf 250 Mitarbeiter ansteigen.

Das Recht, einen zweiten Dokortitel zu erwerben, hat das Bundesverwaltungsgericht einem Doktor der Medizin und diplomierten Psychologen letztlich abgesprochen. Wenn eine berufliche Ergänzung fehle, solle den Status eines Gasthörers beantragen. Das hohe Gericht teilte hierzu dem Kläger mit: Seinem Bedürfnis nach universeller Bildung kann er auf dem Wege des Gasthörers voll nachkommen, ohne einen der infolge der Überfüllung der Hochschulen benötigten Studienplätze in Anspruch nehmen zu müssen. — Ob diese Entscheidung allgemein gerechtfertigt ist, wird der Nachprüfung.

Die neue (4.) Ausgabe des italienisch-lateinischen Wörterbuches hat über den Rahmen des Vatikanischen Konzils hinaus besondere Beachtung gefunden. Der Herausgeber, Kardinal Bacci ist der lateinische Sekretär der Päpste in den letzten Jahrzehnten und für den lateinischen Text aller päpstlichen Dokumente, Bullen, Ansprachen usw. verantwortlich. Diese Texte berühren oft moderne Fragen und verlangen neue Ausdrücke der lateinischen Sprache, die im klassischen Latein nicht zu finden sind. Die neue Ausgabe umfaßt über 12 000 Wörter aus den Gebieten der Wissenschaften, des sozialen Lebens, der Wirtschaft und der Politik, bei denen es sich zum größten Teil um sprachliche Neuschöpfungen handelt.

Die 18. Mitgliederversammlung des BSPH

Einhundert Studentenvertreter der Pädagogischen Hochschulen in der Bundesrepublik versammelten sich vom 11. bis 14. Februar 1963 in Kaiserslautern bzw. Trippstadt zur diesjährigen Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Studenten an Pädagogischen Hochschulen (BSPH). Bei der Eröffnungsveranstaltung überbrachte Regierungsdirektor Daum die Grüße des Kultusministers von Rheinland-Pfalz. Die Ständige Konferenz der Kultusminister, der Arbeitskreis Pädagogischer Hochschulen, die Parteien, die politischen Hochschulgruppen, die Lehrerverbände und die Mitglieder des Bundesstudentenringes entsandten Vertreter oder entboten in Grußtelegrammen ihre guten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung. In seiner Eröffnungsansprache erwähnte der Vorsitzende des BSPH, Rudolf Seidenstücker, die Fortschritte, die im vergangenen Jahr in der Lehrerbildung gemacht worden seien, und forderte — auf die verschiedenen „Notmaßnahmen zur Behebung des Lehrermangels“ eingehend — eine stärkere Verwissenschaftlichung des Studiums.

Die umfangreiche Tagesordnung (19 Punkte) bedingte ausgedehnte und intensive Beratungen.

Aus den Berichten der Landesverbände wurden die derzeitigen quantitativen und qualitativen Unterschiede in der Lehrerbildung deutlich. So studieren z. B. heute die zukünftigen Volks- (Grund-) schullehrer in Hamburg (Pädagogisches Institut) und Hessen (Hochschulen für Erziehung) an der Universität, in Bayern an Pädagogischen Hochschulen, die als selbständige Einrichtungen den Universitäten angegliedert sind, und in allen übrigen Bundesländern an selbständigen Pädagogischen Hochschulen, die wiederum in ihrer Struktur unterschiedlich sind. Durch diese, durch die Kulturhoheit der Bundesländer bedingten Unterschiede wird die Arbeit des Bundesverbandes erschwert, wie der Vorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht ausführte. Dennoch gibt es viele Probleme, die allen vom BSPH vertretenen Studenten gemeinsam sind. Ein Teil davon wurde in den Berichten der Ausschüsse angesprochen.

Der Hochschulausschuß befaßte sich mit der Stellung der Erziehungswissenschaft in der Lehrerbildung und der Frage des Ausbaues der Lehrerbildungsinstitutionen. Den

Arbeiten sollen die Ergebnisse eines umfangreichen Fragebogens zugrunde gelegt werden.

Die Intensivierung der politischen Bildung durch Einrichtung von Lehrstühlen für Politische Wissenschaften, Änderungen der Prüfungsordnungen und erhöhte Aktivität der Studentenschaft forderte der Ausschuß, der seinen Bericht zur politischen Bildung im Rahmen der Lehrerbildung vorlegte.

Den gegenwärtig bestehenden und in naher Zukunft sich noch vergrößernden Lehrermangel führten die Delegierten auf die derzeitige Bevölkerungsstruktur, die Stellung des Lehrers in der Gesellschaft, die Form des Studiums, die Schul- und Unterrichtssituation und die Einflußnahme außerschulischer Institutionen auf Studium und Schule zurück. Sie machten darum folgende Vorschläge: Attraktiveres Pädagogikstudium, Gewinnung von Pädagogikstudenten (u. a. durch Erhöhung der Abiturientenzahl), beamtenrechtliche Neuregelung für Lehrerinnen, Rationalisierung der Schul- und Unterrichtsformen, Abbau schulfremder Einflüsse und entsprechende Anerkennung des Lehrers durch die Gesellschaft (z. B. Änderung der Besoldungsform).

Die Mitgliederversammlung gab zu den vom Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz verkündeten Notmaßnahmen zur Behebung des Lehrermangels (Einführung der „Fakultätsreife“ für Pädagogische Hochschulen) eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Delegierten der Studentenschaften der Pädagogischen Hochschulen sehen in den vom Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz vorgeschlagenen Notmaßnahmen die Gefahr, daß die Akademisierung der Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz auf weite Sicht verhindert wird. Durch die Einführung der besonderen Fakultätsreife erscheint es unglaublich, daß sich in absehbarer Zeit noch Abiturienten für ein Studium an den Pädagogischen Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz entschließen werden. Der nicht nur vom BSPH seit Jahren geforderte Ausbau der Pädagogischen Hochschulen zu wissenschaftlichen Hochschulen wird dann kaum durchzuführen sein.“

Neben diesen Beratungen hatten die Delegierten auch die Rechenschaftsberichte des Vorstandes entgegenzunehmen und einen neuen Vorstand zu wählen. Neuer Vorsitzender wurde Herr Karl Zenke von der Pädagogischen Hochschule Wuppertal.

Bei der **Bundesforschungsanstalt für Fischerei** in Hamburg-Altona 1, Palmaille 9,

ist die Stelle des

Leiters des Instituts für Fischverarbeitung

(Beamtenstelle als Direktor und Professor, Besoldungsgruppe B 1 der Bundesbesoldungsordnung), zum 1. November 1963 zu besetzen.

Aufgabe des Instituts für Fischverarbeitung ist die Erforschung von Verfahren zur Behandlung von Fischen nach dem Fang zur Haltbarmachung und zur Verarbeitung als Lebens- und Futtermittel.

Anforderungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium der Naturwissenschaften und Promotion mit Spezialisierung in Biochemie, Erfahrungen auf lebensmittelchemischem, -technischem und -rechtlichem Gebiet, englische und französische Sprachkenntnisse.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigten Zeugnisabschriften, Verzeichnis der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Angaben von Referenzen werden bis zum **1. Mai 1963**

an den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn erbeten.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Anerkennung aller studentischen Korporationen in Heidelberg

Der erweiterte Senat der Ruprecht-Karl-Universität in Heidelberg hat am 8. Februar 1963 die Anerkennung aller studentischen Korporationen, auch der farbentragenden und mensurfechtenden, einstimmig beschlossen. Die Universität setzte dabei voraus, daß die studentischen Vereinigungen ihre Erziehungsarbeit im Benehmen mit der Universität durchführen, das heißt, sie auf dem Boden und im Sinne der freiheitlich-demokratischen Ordnung in sozialer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sowie unter Bejahung der Aufgaben der deutschen Studentenschaft gegenüber ihren ausländischen Kommilitonen verstehen. Die Korporationen haben sich hierzu gegenüber der Universität verpflichtet.

In der Vereinbarung zwischen der Universität und den Korporationen heißt es weiter, daß sie den Wunsch der Universität zur Kenntnis nehmen, vom Farbentragen bei Veranstaltungen der Universität und der Gesamtstudentenschaft sowie auf dem Boden der Universität abzusehen, und gewillt sind, diesem Wunsche zu entsprechen. Die Korporationen erklärten hierzu, daß sie ihre Farben als äußeren Ausdruck einer inneren Verpflichtung zur akademischen Gemeinschaft betrachten und in der Öffentlichkeit daher ein entsprechend korrektes Verhalten zeigen werden.

Der kulturpolitische Beirat des Auswärtigen Amtes hat über die deutsche Bildungshilfe für Entwicklungsländer letzthin auf einer Zusammenkunft in Maria Laach beraten. Die Kulturreferenten von 33 deutschen Botschaften gaben dabei einen Überblick über ihre Erfahrung. Hierbei wurde besonders auf die steigende Bedeutung der multilateralen Organisationen hingewiesen.

PERSONALIA

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Aachen: Prof. Dr. rer. nat. Felix Monheim wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für Geographie berufen. — Wissenschaftlicher Rat Dr. phil. habil. Alexander Naumann wurde zum ordentlichen Professor ernannt und als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. Friedrich Seewald auf den Lehrstuhl für Strömungslehre berufen unter gleichzeitiger Ernennung zum Direktor des Aerodynamischen Instituts. — Privatdozent Dr. Theo Hahn aus Frankfurt/Main wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das neu geschaffene Ordinariat für Kristallographie berufen; gleichzeitig wurde er zum Direktor des zu errichtenden Instituts für Kristallographie ernannt.

Bonn: Prof. D. Otto Plöger, Ordinarius für Alttestamentliche Wissenschaft, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Altes Testament an der Universität Göttingen erhalten.

Braunschweig: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: ao. Prof. Dr. rer. nat. Günter Lautz — Lehrstuhl für Theoretische Elektrotechnik; Dozent Dr.-Ing. Sigurd Falk — Lehrstuhl für Mechanik und Festigkeitslehre; Regierungsdirektor apl. Prof. Dr.-Ing. Karl Gerke — Institut für Vermessungskunde.

Clausthal: Prof. Dr. jur. Raimund Willecke wurde zum ordentlichen Professor auf dem Lehrstuhl für Bergrecht ernannt.

Freiburg: Prof. Dr. Hans Marquardt wurde zum ordentlichen Professor auf dem Lehrstuhl für Forstbotanik ernannt. — Prof. Dr. Ludwig Genzel wurde als Inhaber eines Lehrstuhls für Experimentalphysik zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. Helmut Kligen wurde als Inhaber des Lehrstuhls für Mathematik zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. Robert Ganssen wurde als Inhaber des Lehrstuhls für Bodenkunde zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. Richard Pohl wurde als Inhaber des Lehrstuhls für Pharmakognosie zum ordentlichen Professor ernannt. — Prof. Dr. Heinrich Wilmhöfer erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Heidelberg.

Hamburg: Prof. Dr. rer. pol. Werner Ehrlicher, Freiburg i. Br., hat den Ruf auf ein Ordinariat für Volkswirtschaftslehre angenommen. — Prof. Dr. phil. nat. Karl Egle, Frankfurt/Main, erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Allgemeine Botanik. — Prof. Dr. phil. Günter Patzig, Direktor des Philosophischen Seminars, erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Philosophie an der Universität Göttingen. — Privatdozent Dr. rer. nat. Hans-Heinrich Voigt, Hauptobservator an der Hamburger Sternwarte, hat einen Ruf auf das Ordinariat für Astronomie an der Universität Göttingen angenommen.

Heidelberg: Prof. Dr. Helmut Arndt, FU Berlin, erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Wirtschaftspolitik.

Köln: Prof. Dr. Erich Otramba, Hamburg, wurde unter Übertragung des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Sozialgeographie zum ordentlichen Professor ernannt und gleichzeitig zum Direktor des entsprechenden Instituts bestellt.

München: Prof. Dr. rer. nat. Wolfgang Riedl wurde zum ordentlichen Professor für Chemie und Landwirtschaftliche Technologie an der Technischen Hochschule ernannt. — Dr. phil. Dr. med. Otto B. Roegele, Chefredakteur des Rheinischen Merkur, wurde zum ordentlichen Professor der Zeitungswissenschaften an der Universität ernannt.

Münster: Prof. Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf ein freies Ordinariat für Zivilrecht berufen. — Prof. Dr. Bernhard Fabian wurde zum ordentlichen Professor ernannt und zum Direktor des Englischen Seminars bestellt. — Prof. Dr. phil. Friedrich Kaulbach wurde zum ordentlichen Professor der Philosophie ernannt.

Wien: Prof. Dr. Richard Schwarz, Ordinarius für Pädagogik und Kulturphilosophie und Vorstand des Institutes für Pädagogik der Universität Wien, erhielt eine Berufung auf das Ordinariat für Pädagogik an der Universität München.

b) außerordentliche Professoren

Braunschweig: Dozent Dr. rer. nat. Gerhart Quinkert (Lehrstuhl für Theoretische Chemie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Otto Just, Oberarzt und Leiter der Anästhesieabteilung der Chirurgischen Universitätsklinik, erhielt einen Ruf auf das neu geschaffene Extraordinariat für Anästhesiologie.

Mainz: Prof. Dr. Heinz Günther Tillmann wurde zum außerordentlichen Professor für Mathematik ernannt.

Marburg: Prof. Dr. phil. Walter Heinemeyer hat den Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Historische Hilfswissenschaften an der Universität Marburg angenommen.

München: Prof. Dr. Norbert Lieb, Direktor der Städtischen Kunstsammlungen Augsburg, wurde zum außerordentlichen Professor der Kunstgeschichte ernannt.

c) Honorarprofessoren

Braunschweig: Dr.-Ing. Horst Mießner (Fakultät für Maschinenwesen) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Heidelberg: Dr. Theodor Kraus, I. Direktor am Deutschen Archäologischen Institut Rom, wurde zum Honorarprofessor in der Philosophischen Fakultät ernannt.

Münster: Prof. Dr. Wilhelm Anz, Kirchliche Hochschule Bethel, wurde zum Honorarprofessor ernannt. — Dr. Wolfgang Hartung, Direktor des Staatlichen Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Braunschweig: Dr.-Ing. Martin Pekrun (Pfleiderer-Institut für Strömungsmaschinen) wurde zum Wissenschaftlichen Rat z. A. ernannt.

Kiel: Prof. Dr. med. Klaus Goerttler, apl. Professor für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie, wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Braunschweig: Privatdozent Dr. agr. habil. Gerhard Hinz (Fakultät für Bauwesen) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Freiburg: Prof. Dr. Ulrich Mosiek erhielt einen Ruf auf den neu errichteten außerordentlichen Lehrstuhl für Kirchliche Rechtsgeschichte an der Universität Freiburg i. Br.

Hamburg: Prof. Dr. med. Gustav Adolf Martini, Oberarzt an der I. Medizinischen Universitätsklinik, erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Innere Medizin an der Universität Mainz. — Prof. Dr. med. dent. Rudolf Naujoks, Oberarzt an der Universitätsklinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten, erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an der Universität Würzburg.

Heidelberg: Dr. phil. Pabl Händel, Dozent der Klassischen Philologie, wurde für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Hans Reznik, Wissenschaftlicher Rat am Botanischen Institut, erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Botanik an der Universität Münster.

München (TH): Hochschuldozent Dr. rer. nat. Hermann Pöeverlein wurde zum außerplanmäßigen Professor für Physik ernannt.

München (Univ.): Dem Privatdozenten der Neurologie und Neurophysiologie Dr. Albrecht Struppeler wurde die Bezeichnung außerplanmäßiger Professor verliehen.

f) Dozenten und Privatdozenten

Braunschweig: Dr. phil. Reinhart Schuster und Dr. phil. Dr. sc. rel. Gerhart Mayer wurden zu beamteten Privatdozenten in der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät ernannt.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. Peter Badura wurde zum Universitätsdozenten des öffentlichen Rechts ernannt.

Mainz: Privatdozent Dr. Walter H a m m erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Marburg. — Privatdozent Dr. Gerd A n d r e s (Zoologie) wurde als solcher ins Beamtenverhältnis berufen.

Marburg: Dr. Manfred S c h l e n k e, bisheriger Assistent am Seminar für Neuere Geschichte, wurde zum Dozenten für Mittlere und Neuere Geschichte ernannt. — Privatdozent Dr. Walter H a m m, Mainz, erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre.

Münster: Privatdozent Dr. Ludwig T e w o r d t, z. Z. University of Notre Dame, Indiana/USA, erhielt einen Ruf auf ein Extraordinariat für Physik an der Universität Hamburg.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Aachen: Dr. rer. nat. Albrecht R a b e n a u aus Eilendorf hat sich als Privatdozent für Festkörperchemie habilitiert.

Bonn: Die venia legendi erhielten: Dr. theol. H. K l o m p s für Moralthologie; Dr. theol. O. N u ß b a u m für Alte Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Liturgiegeschichte; Dr. theol. G. G o e t e r s für Kirchengeschichte; Dr. med. dent. H. B ü c h s, Assistent an der Universitäts-Zahnklinik, für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde; Dr. med. G. L. H a b e r l a n d, Prokurist und Abteilungsvorstand in den Farbenfabriken Bayer AG., für Pharmakologie und Toxikologie; Dr. med. dent. H. W. H e r r m a n n, wiss. Assistent an der Universitäts-Zahnklinik, für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde; Dr. med. H. G. G o s l a r hat sich für das Lehrgebiet Anatomie von der Universität Tübingen an die Universität Bonn umhabilitiert; Dr. med. G. H u b e r, Oberarzt der Nervenklinik, hat sich von der Universität Heidelberg für das Lehrgebiet Psychiatrie und Neurologie nach Bonn umhabilitiert.

Braunschweig: Die venia legendi wurde verliehen an Dr. phil. Reinhart S c h u s t e r für Zoologie und an Prof. Dr. phil. Georg H. M. G o t t s c h e w s k i für Entwicklungsphysiologie. — Dr.-Ing. Manfred M i t s c h k e hat sich an die TH Karlsruhe umhabilitieren lassen.

Darmstadt: Dr. rer. nat. Heinz F i n k e n r a t h und Dr. rer. nat. Gerhard F r i c k e erhielten die Lehrbefugnis für Physik.

Freiburg: Die Lehrbefugnis erhielten: Dr. Helmut R i e d l i n g e r, wiss. Assistent beim Dogmatischen Seminar, für Katholische Dogmatik; Dr. med. Richard Z i t t e l, wiss. Assistent an der Chirurgischen Universitätsklinik, für Chirurgie; Dr. rer. nat. Dr. med. Hans K r ö g e r, wiss. Assistent am Physiologisch-chemischen Institut, für Biochemie; Dr. med. Hans K o r n h u b e r, wiss. Assistent an der Abteilung für klinische Neurophysiologie, für Neurologie und Neurophysiologie; Dr. med. Wilhelm W o l f a r t, Oberarzt der Chirurgischen Abteilung an der Tuberkulose-Klinik Robert Koch, für Chirurgie; Dr. Siegfried G r o s s e, wiss. Assistent am Deutschen Seminar, für Germanische Philologie.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Wolfgang D i t t r i c h wurde von der Universität Hamburg umhabilitiert und erhielt die venia legendi für Strahlenbiologie. — Privatdozent Dr. rer. nat. Wolfgang H a g e m a n n wurde von der Universität Saarbrücken umhabilitiert und erhielt die venia legendi für Botanik.

Karlsruhe: Die venia legendi erhielten: Dr. phil. Konrad B i e r, wiss. Assistent am Institut für Kernverfahrenstechnik; Dr. rer. nat. Dieterich S c h u l t e - F r ö h l i n d e, Leiter des Strahlenchemischen Labors in der Kernreaktor Bau- und Betriebs-Gesellschaft mbH; Dr. rer. nat. Hans R i c k e r t, wiss. Assistent am Lehrstuhl für Elektrochemie.

Kiel: Dr. agr. Gerhard P u l ß habilitierte sich für das Fachgebiet Tierphysiologie und Tierernährungslehre.

München: Die Lehrbefugnis in Verbindung mit der Ernennung zum Privatdozenten wurde erteilt an: Dr. Helmut G a s t p a r für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde; Dr. Peter Hans H o f s c h n e i d e r für Physiologische Chemie; Dr. Hans K a r l für Innere Medizin; Dr. Johann K u g l e r für Klinische Neurophysiologie; Dr. Heinz-Karl P a r c h w i t z für Röntgenologie und Strahlenheilkunde; Dr. Josef R u t e n f r a n z für Kinderheilkunde; Dr. Hans Ernst S a c h s e für Urologie; Dr. Michael M e r k e n s c h l a g e r für Physiologie; Dr. Gerhard T e r p l a n für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde; Dr. Albrecht S c h m i d für Pharmakologie und Toxikologie; Dr. Emil Ernst P l o s s für Deutsche Philologie; Dr. Ladislav V a j d a für Völker-

kunde; Dr. Jakob K r a n z für Experimentalphysik; Dr. Heinz Peter F r i t z für Anorganische Chemie; Dr. Achim H a g e r für Botanik; Dr. Hans K e l l e r e r für Mathematik; Dr. Hans Joachim M e i s t e r für Physik; Dr. Hans D a c h s für Kristallographie — Mineralogie; Dr. Christoph R ü c h a r d t für Organische Chemie; Dr. Gerhard N. S c h r a u z e r für Anorganische Chemie; Dr. Christoph S c h w i n k für Physik.

Münster: Die venia legendi wurde verliehen: Dr. theol. Hans J o r i s s e n für Dogmatik und Dogmengeschichte; Dr. med. Fritz H i l g e n b e r g für Kinderheilkunde und Cardiologie des Kindesalters; Dr. med. dent. Dr. med. R ü d i g e r B e c k e r für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde; Dr. phil. Wolfdietrich F i s c h e r für Semitische Philologie und Islamwissenschaft; Dr. phil. Odo M a r q u a r d t für Philosophie; Dr. rer. nat. Wolfgang H e l l e n t h a l für Physik.

LEHRAUFTRÄGE

Clausthal: Dipl.-Ing. Max-Heinrich K l o e c k n e r wurde beauftragt, im SS 1963 das Fachgebiet Betriebstechnisches Messen in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Münster: Dr. Friedrich J o n a s, wiss. Referent an der Sozialforschungsstelle, erhielt für das SS 1963 einen unbesoldeten Lehrauftrag für Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Sozialphilosophie. — Der Lehrauftrag des Oberlandesgerichtsrates Dr. W e s s e l s für Strafrecht, Besonderer Teil, wurde für das SS 1963 verlängert. — Studienrat Franz-Josef H o l t k e m p e r wurde für das SS 1963 und WS 1963/64 mit der Abhaltung pädagogischer Proseminare beauftragt.

VERTRETUNGEN

Bonn: Dr. G. K n o p wurde mit der Vertretung des außerordentlichen Lehrstuhls für Experimentalphysik beauftragt.

Braunschweig: Mit der Vertretung ordentlicher Lehrstühle wurden beauftragt: Prof. Dr. Rudolf-Wilhelm L a r e n z — Theoretische Physik B; Prof. Dr. rer. nat. Hans-Joachim K o w a l s k y — Mathematik C (bis zu seiner Ernennung zum o. Prof.); Prof. Dr. phil. habil. Hans Robert M ü l l e r — Mathematik D; Oberregierungsrat Dr.-Ing. Hans H e i n r i c h E m s c h e r m a n n — Grundlagen der Elektrotechnik und elektrische Meßtechnik (bis zu seiner Ernennung zum o. Prof.).

Mainz: Prof. Dr. Horst R ü d i g e r wurde auch für das SS 1963 mit der Vertretung seines früheren Lehrstuhls für Vergleichende Literaturwissenschaft beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Braunschweig: Beurlaubt wurden: Prof. Dr.-Ing. H e n n vom 27. 10. — 16. 11. 62 zur Teilnahme am 2. Seminar über Industriebau der Union Internationale des Architectes in Brasilien; Prof. Dr.-Ing. Z i m m e r m a n n vom 6. — 23. 2. zu einer wissenschaftlichen Tätigkeit nach Peru; Privatdozent Dr. Gerhard S c h a f f e r, Obering. Dipl.-Ing. A. S a x e n und Obering. Dipl.-Ing. H. R. F r a n t z vom 20. 1. — 28. 2. nach Peru.

Mainz: Prof. Dr. Wolhart P a n n e n b e r g wurde vom 1. 5. bis 31. 7. zur Übernahme einer Gastprofessur an der Divinity School der Universität Chicago beurlaubt. — Wissenschaftlicher Rat Privatdozent Dr. Karl-Heinz B ä ß l e r wurde vom 1. 3. bis 30. 4. zu einem Studienaufenthalt an der Universität Pennsylvania beurlaubt. — Privatdozent Dr. Erich M u s c h o l l, Oberassistent, wurde vom 1. 3. bis 31. 5. zur Durchführung spezieller Untersuchungen in der Pharmakologischen Abteilung des Institute of Animal Physiology, Babraham, Cambridge/England, beurlaubt. — Dr. Ernst K o l b, wiss. Assistent, wurde zur Übernahme der Leitung der Anästhesie-Abteilung der Kliniken an der FU Berlin vom 1. 1. bis 28. 2. beurlaubt. — Dr. Heinz B e c h e r t, wiss. Assistent, wurde vom 11. 3. bis 31. 5. zur Teilnahme an der Reise der Deutschen Kulturdelegation des Auswärtigen Amtes nach Süd-asien beurlaubt.

Münster: Prof. Dr. Kurt v o n R a u m e r, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte, und Prof. Dr. Karl H a u c k, Ordinarius für mittelalterliche Geschichte, wurden für das SS 1963 von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen befreit, um sich voll ihren im Landesinteresse liegenden Arbeiten widmen zu können. — Der Urlaub des Privatdozenten Dr. Ludwig T e w o r d t für einen Amerika-Aufenthalt wurde bis zum 31. 3. 64 verlängert.

EMERITIERUNGEN

Aachen: Prof. Dr.-Ing. Friedrich Seewald, Ordinarius für Strömungslehre und Direktor des Aerodynamischen Instituts, wurde mit dem 31. 3. emeritiert.

Kiel: Prof. Dr. Erich Hofmann, Ordinarius für Vergleichende indogermanische Sprachwissenschaft, und Prof. D. Hans Wilhelm Hertzberg, Ordinarius für Altes Testament und Palästinakunde, wurden mit Ende März emeritiert.

AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST

Aachen: Direktor Dr.-Ing. E. h. Günther Bertram Lobkowitz, Lehrbeauftragter für Angewandte Walzwerkstechnik, wurde auf seinen Wunsch von den Lehrauftragsverpflichtungen entbunden.

Kiel: Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. Hans Kleinfelder (Chemie) tritt am 31. 3. wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.

Mainz: Prof. Dr. Friedrich Ludwig Bauer wurde auf eigenen Antrag aus dem Landesdienst entlassen. — Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. Rudolf Bilz tritt zum 31. 3. wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Freiburg: Prof. Dr. Hans Besters, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, hat den Ruf auf ein Ordinariat in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Aachen: Prof. Dr. Theo Hahn wurde zum Direktor des zu errichtenden Instituts für Kristallographie ernannt.

München: Prof. Dr. rer. nat. Heinz Ewald wurde von der kommissarischen Leitung des Physikalischen Instituts entbunden, und Prof. Dr. phil. Heinz Maier-Leibnitz wurde stattdessen bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls mit der kommissarischen Leitung beauftragt.

GASTPROFESSUREN

Bonn: Auf Einladung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät hält Prof. Dr. G. Hubrecht aus Bordeaux im SS 1963 Gastvorlesungen.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Braunschweig: James Denning Pearson aus Derby wurde die Würde eines Doktor-Ingenieurs Ehren halber durch die Fakultät für Maschinenwesen verliehen.

München: Dem em. Professor für Technische Physik Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Walter Meißner wurde in Anerkennung seiner Verdienste um die wissenschaftlichen Untersuchungen über das Verhalten der Stoffe bei tiefsten Temperaturen und der Konstruktion von Geräten zur Erzeugung tiefster Temperaturen von der TU Berlin die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen.

Münster: Prof. Dr. theol. Willi Marxen, Ordinarius für Neutestamentliche Exegese und Theologie, wurde von der Universität Kiel die Würde eines Doktors der Theologie ehrenhalber verliehen. — Pfarrer Dr. Ernst Jahn aus Berlin-Steglitz wurde die Würde eines Doktors der Theologie verliehen.

b) Ehrensensatoren

Braunschweig: Dipl.-Ing. Kurt von Oswald in Fa. Carl Spaeter G. m. b. H. Hamburg, wurde die Würde eines Ehrensensors der Technischen Hochschule Braunschweig verliehen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Bonn: Prof. Dr. Herbert von Einem, Ordinarius für Kunstgeschichte, wurde von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied gewählt.

Hamburg: Zum Präsidenten für die neue Amtszeit hat die Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz den o. Professor für Theoretische Physik Dr. phil. Pascual Jordan gewählt.

Marburg: Prof. Dr. phil. Herbert Bräuer, Ordinarius für Slavische Philologie, wurde von der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz als Nachfolger des ver-

storbenen Prof. Dr. Max Vasmer zum ordentlichen Mitglied der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse und zum Vorsitzenden der Kommission für Slavische Philologie und Kulturgeschichte gewählt.

Münster: Prof. Dr. med. Dr. phil. Eberhard Zwirner, apl. Professor für Phonetik und Sprachtheorie, wurde vom Kuratorium der Rudolf-Borchardt-Gesellschaft zum neuen Präsidenten gewählt. — Privatdozent Dr. Dörner (Alte Geschichte) wurde in den Vorstand der neu gebildeten „Hermann-Bröckelschen-Stiftung — Carl Humann zum Gedächtnis“ (Essen) berufen.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Friedrich Loew wurde von der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie zum 2. Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Ernst Lippert, apl. Professor der Physikalischen Chemie, wurde zum Mitglied des Deutschen Beirats für die Dokumentation in der UV-Spektroskopie ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. med. Robert Bauer hat das Amt des Vorsitzenden der Deutschen Röntgengesellschaft übernommen. — Prof. Dr. phil. Frhr. Wolf von Engelhardt wurde zum 1. Vorsitzenden der Deutschen Mineralogischen Gesellschaft gewählt. — Prof. Dr. med. Dr. phil. h. c. Dr. med. h. c. Ernst Kretschmer wurde zum Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Psychologie ernannt. — Prof. Dr. jur. Ludwig Raiser wurde vom Wissenschaftsrat für ein Jahr zum Vorsitzenden gewählt. — Dozent Dr. phil. Adolf Rieth wurde zum ordentlichen Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts ernannt. — Prof. Dr. phil. Otto Schindewolf wurde zum Ehrenmitglied der Paläontologischen Gesellschaft ernannt. — Prof. Dr. phil. Dr. phil. h. c. Dr. jur. h. c. Dr. rer. pol. e. h. Eduard Spranger wurde zum Ehrenmitglied des Verein für Vaterländische Naturkunde ernannt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Frankfurt: Für ihre Arbeit auf dem Gebiet der Chemotherapie, der Mikrobiologie, der Krebsforschung und der Biochemie wurden vom Stiftungsrat der Frankfurter Paul-Ehrlich-Stiftung durch den mit 12 500,— DM dotierten Paul-Ehrlich-Nachwuchspreis ausgezeichnet: Prof. Dr. Helmut Holzer, Freiburg i. Br., Dr. Lothar Jänicke vom Physiologisch-Chemischen Institut der Universität Köln, Dr. Detlev Kayser vom Max-Planck-Institut für Zellphysiologie in Berlin-Dahlem und Prof. Dr. Tullio Terranova, Rom.

Münster: Prof. Dr. Dr. Heinrich Kühle und Prof. Dr. Bernhard Kötting wurden von Papst Johannes XXIII zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt. — Prof. Dr. med. Dr. med. dent. habil. Konrad Morgenroth, apl. Professor für Zahnheilkunde, wurde für die Arbeit „Die Bewertung der Leukoplakien im Rahmen der Früherkennung bösartiger Veränderungen der Mundschleimhaut“ der Hufeland-Preis verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Bonn: Prof. Dr. Wilhelm Schneemelcher, Ordinarius für Neues Testament und alte Kirchengeschichte, wurde zum Mitglied des Wissenschaftsrates ernannt. — Prof. Dr. Franz Petri, Ordinarius für Rheinische Landesgeschichte, wurde durch den Bundesminister des Auswärtigen gemäß Art. 13 des deutsch-niederländischen Kulturabkommens zum Mitglied der Deutschen Abteilung der Ständigen Gemischten Kommission ernannt.

Braunschweig: Zu Oberingenieuren wurden ernannt: Die wissenschaftlichen Assistenten Dipl.-Ing. Günther Kracke (Institut f. elektr. Maschinen, Antriebe u. Bahnen) und Dipl.-Ing. Georg Rehm (Inst. f. Grundlagen der Elektrotechnik und elektr. Meßtechnik).

Mainz: Studienrat Dr. Günther Freymuth wurde auf eigenen Antrag an die Universität (Klassische Philologie) versetzt.

München: Prof. Dipl.-Ing. Paul Gollwitzer, Honorarprofessor für Allgemeinen Ingenieurbau, wurde in den Beirat der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer als Vertreter der unabhängigen, beratenden Ingenieurverbände berufen.

Münster: Prof. Dr. phil. Ernst Lichtenstein, Ordinarius für Pädagogik und Philosophie wurde vom Bundesminister des Innern und vom Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister zum Mitglied des Deutschen

Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen berufen. — Prof. Dr. Ludwig Acker, ao. Professor für Lebensmittelchemie, wurde von der Bundesregierung in den Bundesgesundheitsrat berufen.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN

DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Aachen: Prof. Dr. F. Schultz-Grunow, Ordinarius für Mechanik, wird im März und April an der University of California in Berkeley in Vorlesungen und Seminaren über die neueren Untersuchungen seines Instituts berichten.

Berlin: (TU) Prof. Dr. phil. Höllerer, hat einen Ruf auf das Ordinariat für Deutsche Philologie an der State University of Iowa abgelehnt.

Berlin (FU): Dr. J. E. Huhn, Oberassistent an der Klinik für Geburtshilfe, Klauentierkrankheiten und tierärztliche Ambulanz, hat im Auftrag der Bundesregierung die Leitung einer in Syrien im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe einzurichtenden Tierzuchtversuchsstation vorläufig zwei Jahre übernommen. — Dr. Gerhard Reuter, wiss. Assistent für Lebensmittelhygiene, wurde in das Internationale Bakteriologische Nomenklatur-Komitee (Subkomitee Lactobazillen) berufen.

Bonn: Prof. Dr. K.-O. Vorlaender, apl. Professor für Innere Medizin, wurde zu Gastvorlesungen an die spanische Universität Pamplona eingeladen. — Prof. Dr. W. Hubatsch wird auf Einladung der Humanistischen Fakultät der Universität Uppsala dort in den Monaten März bis Mai Gastvorlesungen über neuere Geschichte halten. Die Finnische Universität Turku hat Prof. Hubatsch zu einem Gastvortrag im April eingeladen.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. W. D. Keidel, Direktor des Physiologischen Instituts wurde zu einer Vortragsreise vom 17. 3. bis 1. 4. nach den Vereinigten Staaten eingeladen. — Prof. Dr.-Ing. F. Wachsmann, Leiter des Instituts für Strahlenkunde, wird auf dem 16. Nationalen Medizinischen Kongreß in Osaka/Japan vom 1. bis 5. April zwei Referate aus seinem Arbeitsgebiet halten. Auf der Reise nach Japan wird Prof. Wachsmann in Indien, Thailand, Hongkong und Japan noch weitere Vorträge auf Einladung der Röntngesellschaften der genannten Länder halten. — Prof. Dr. rer. nat. Reinhold Remmert, Ordinarius für Mathematik, erhielt einen Ruf auf eine Professur an der Yale-Universität/USA.

Frankfurt: Prof. Dr. Hans Peter, ao. Prof. für Römisches und Bürgerliches Recht, hielt auf Einladung der Juristischen Fakultät der Universität Ankara Ende Januar zwei Gastvorlesungen.

Göttingen: Prof. Dr. Zimmerli, Ordinarius für Altes Testament, nimmt z. Z. eine Gastprofessur an der Divinity School der Yale University in New Haven/Mass. (USA) wahr. — Prof. Dr. A. Schöne, Ordinarius für Deutsche Philologie, lehrt im Frühjahrsquartal als Gastprofessor an der Ohio State University. Er wurde außerdem zu Gastvorlesungen an die Harvard-University, Princeton-University, New York-University und University of Pennsylvania eingeladen. — Pro. Dr. Speidel, Direktor des Instituts für Forstpolitik und Betriebswirtschaftslehre an der Forstlichen Fakultät in Hann. Münden, wird für 1½ Jahre die Leitung der National Forestry School in Vicosá, Brasilien, sowie eine forstbetriebswirtschaftliche Professur an der gleichen Hochschule übernehmen. — Prof. Dr. Gernot Rath, Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin, wurde von der Medizinischen Fakultät der Staatsuniversität von Wisconsin in Madison eingeladen, dort im zweiten Semester 1963 (Februar bis Mai) die Medizingeschichte zu vertreten und die Semesterprüfungen abzuhalten. Er wurde ferner gebeten, während dieser Zeit Vorträge an der Harvard-University in Boston und im Henry-Ford-Hospital in Detroit zu halten.

Hamburg: Prof. Dr. Wolfgang Franke, Ordinarius für Sinologie, wird vom 1. 4. bis 31. 3. 1966 eine Gastprofessur an der Universität von Malaya in Kuala Lumpur wahrnehmen. — Prof. Dr. Johann-Heinrich Napp, apl. Professor für Geburtshilfe und Gynäkologie, hat am 1. 2. eine Studienreise nach Venezuela angetreten und wird auf Einladung der Asociacion Venezolana para el avance de la Ciencia ein Referat über „The therapeutic use of modern gestagenic steroids“ halten.

Mainz: Von den Universitäten Tokyo und Los Angeles wurde Prof. Dr. Gerhard Funke, Ordinarius der Philosophie, zu Gastvorlesungen eingeladen. Die Universität

Puerto Rico hat ihm eine Gastprofessur angeboten; weiterhin erging an ihn die Einladung am 13. Internationalen Kongreß für Philosophie in Mexiko D. F. teilzunehmen.

GEBURTSTAGE

Aachen: Dr. jur. Dipl.-Ing. Adolf Welling, Lehrbeauftragter für Patentwesen, vollendete am 7. 4. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. Franz Bollenrath, Ordinarius für Werkstoffkunde, vollendet am 20. 4. sein 65. Lebensjahr. — Präsident a. D. Dr. jur. Dr. rer. pol. Dr.-Ing. E. h. Ernst F. Wahl, Ehrendoktor der Technischen Hochschule, vollendet am 29. 4. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. E. h. Hermann Heumann, em. Ordinarius für Eisenbahnmaschinenwesen, vollendet am 30. 4. sein 85. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Alfred Benrath, em. Ordinarius für Anorganische und Elektrochemie, vollendet am 4. 5. sein 85. Lebensjahr.

Erlangen-Nürnberg: Prof. D. Dr. Hans Liermann, em. Ordinarius für Kirchenrecht, deutsche und bayerische Rechtsgeschichte, vollendet am 23. 4. sein 70. Lebensjahr.

Göttingen: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Dr. phil. nat. h. c. Richard Harder, vollendete am 21. 3. sein 75. Lebensjahr.

München: Prof. Dr. Benno Romeis, Medizinische Fakultät, vollendete am 3. 4. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. Pleikart Stumpf, Medizinische Fakultät, vollendete am 5. 4. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. Philipp Hofmeister, O. S. B., Theologische Fakultät, begeht am 19. 4. seinen 75. Geburtstag. — Prof. Dr. Gustav Krauss, Dr. Forrest. h. c., Staatswirtsch. Fakultät, begeht am 25. 4. seinen 75. Geburtstag. — Prof. Dr. Dr. Walther Schulze-Sölde, Phil. Fakultät, begeht am 26. 4. seinen 75. Geburtstag. — Prof. Dr. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode vollendete am 31. 3. sein 70. Lebensjahr.

Münster: Prof. Dr. Johannes Hellerich, em. Ordinarius für Astronomie und Astrophysik, vollendete am 11. 2. sein 75. Lebensjahr.

JUBILÄEN

Aachen: Prof. Dr.-Ing. E. h. Hubert Hoff, em. Ordinarius für Hüttenmaschinenkunde, Ehrensensator der Hochschule, begeht am 1. 4. sein 40jähriges Dozentenjubiläum.

Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. med. Hans Molitoris, em. Ordinarius für Gerichtliche Medizin, beging am 17. 3. sein 60. Doktorjubiläum. — Prof. Dr. Erwin Scheu, em. Ordinarius für Wirtschaftsgeographie, begeht am 26. 4. sein 50. Dozentenjubiläum.

TODESFÄLLE

Bamberg: Am 15. 3. verstarb Prof. D. Dr. Ludwig Faulhaber, em. Ordinarius der Theologie.

Bonn: Am 9. 2. verstarb Prof. Dr. Karl Friedrich Tünerhoff, apl. Professor für Innere Medizin und Lungenkrankheiten, im 52. Lebensjahr.

Braunschweig: Am 20. 12. 62 verstarb Prof. Dipl.-Ing. Emil Herzig, im Alter von 64 Jahren. — Am 22. 1. verstarb Prof. Dr.-Ing. Martin Schirmer im Alter von 76 Jahren.

Erlangen-Nürnberg: Am 7. 3. verstarb Oberfinanzpräsident a. D. Dr. phil. Dr. jur. Rudolf Grabower, Honorarprofessor für Finanzrecht, im 80. Lebensjahr.

Hamburg: Anfang März verstarb Prof. Dr.-Ing. Franz Heske, em. Ordinarius für Weltforstwirtschaft, im 71. Lebensjahr.

Mainz: Am 24. 2. verstarb Prof. Dr. jur. Dr. theol. h. c. Erich Molitor, em. Ordinarius für Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht.

Marburg: Am 8. 3. verstarb Prof. Dr. Alfred Schwenkebecher, em. Ordinarius der Inneren Medizin, im Alter von 87 Jahren. — Am 28. 2. verstarb Prof. Dr. med. Augustin Förster, Ordinarius der Gerichtlichen und Sozialen Medizin.

München: Am 5. 3. verstarb Prof. Dr. agr. Erwin Spyrä, apl. Professor für Wirtschaftslehre des Gartenbaues und Direktor des gleichnamigen Instituts, im Alter von 55 Jahren.

Münster: Am 24. 2. verstarb Prof. Dr. theol. Dr. phil. Dr.-Ing. E. h. Dr. rer. pol. h. c. Dr. med. h. c. Dr. jur. h. c. Dr. theol. h. c. Georg Schreiber, em. Ordinarius der mittleren und neueren Kirchengeschichte, im Alter von 81 Jahren.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

9.4.

Deutsche Literatur und Kultur — Man.: Horst Rüdiger (Österr. Rdf. II, 14.35)

Tradition und Revolution in Südostasien — Dr. Emanuel Sarkisyanz/Freiburg i. Br. (aufgen. bei den 18. Intern. Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 15.15)

Internationale Rundfunk-Universität — Musikalische Städtebilder — Paris von 1880 bis heute — von Prof. Alexis Roland-Manuel/Paris (Hess. Rdf. II, 17.40)

Projekt Apollo — Über amerikanische Pläne zur Mond-Expedition berichtet Wernher von Braun (Hess. Rdf. II, 20.15)

Nachtprogramm — Einer gegen alle — Max Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ und die Polemik dagegen — Gesellschaft und Staat (III) — Man.: Hans G. Helms (NDR/WDR, 22.15)

Die leib-seelische Existenz in der Bildenden Kunst des Hohen Mittelalters. Teil II: Das Menschenbild in der Skulptur — von Univ.-Prof. Dr. Richard Schwarz/Wien (Österr. Rdf. II, 22.15)

10.4.

Die dogmatische Theologie des Westens und das undogmatische religiöse Denken des Ostens — Dr. Matthias Vereno/Intern. Forschungszentrum Salzburg (aufgen. bei den 18. Intern. Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 9.00)

Metaphysik in Orient und Okzident und die Einheit der Welt — Univ.-Prof. Dr. Josef Derbolav/Bonn (aufgen. bei den 18. Intern. Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 15.15)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Richard Schwarz/Wien: Universität und moderne Welt (Österr. Rdf. II, 17.15)

Atom- und Kernmodelle — Gespräch zwischen Univ.-Prof. Werner Braunbek und A. G. Richter (SWF Tübingen, 17.30)

Für unsere Studierenden — Unikino oder Filmstudio (Hess. Rdf. II, 19.15)

Diktatur der Naturwissenschaften oder Herrschaft der Vernunft? — Von Dr. Werner Freiesleben (WDR III, 20.10)

Krankheit und Kultur — Eine Sendereihe von Hans Kilian — 6. Sozialer Wandel als Krankheitsursache (Bayer. Rdf. II, 21.05)

Der Tierkreis — Glaube und Astrologie — Man.: Johannes Fasbender (SFB II, 21.30)

Die universale Sprache der Neuen Musik — Die literarische Wendung der Oper — Eine Sendung von K. H. Ruppel — Der humanitäre Appell in der Oper (I) (NDR und SFB III, 21.35)

Organisation Ameisenstaat — Eine zoologische Studie von B. Hassenstein (Hess. Rdf. II, 21.45)

Studio für Neue Musik — Die klassischen Grundlagen der Schoenberg'schen Reihentechnik — dargestellt an Beispielen von Mozart, Schumann und Brahms — Anschließend: Suite op. 29 von Schoenberg — Man.: Hansjörg Pauli (Hess. Rdf. 22.30)

11.4.

Das Problem der Ausbildung des technischen Kaders in den unterentwickelten Ländern. — Uni.-Doz. Dr. Eric Hobshawn/London (aufgen. bei den 18. Intern. Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 9.00)

Individuum - Gemeinschaft - Masse — Hermann Adler — 3. Wie reagiert der Einzelne in einer Massensituation? (Radio Bremen, 16.45)

Ausgrabungen in Griechenland — Der Anteil der Engländer und Schweden — Dr. Felix Eckstein (SWF/UKW II Freiburg, 20.15)

Einführung in das Recht — Eine Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Paul Bockelmann/Heidelberg — 2. Folge — Das Recht, Sittlichkeit und Sitte (SDR/UKW, 21.00)

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau (SDR/UKW, 21.30)

Das epische Ich — Die Rolle des Erzählers im modernen Roman und Drama — von Marianne Kesting (Saarl. Rdf., 22.10)

Nachtprogramm — Einer gegen alle — Max Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ und die Marx-Engelssche Polemik dagegen — Gesellschaft und Staat (IV) — Man.: Hans G. Helms (NDR/WDR, 22.15)

Internationale Rundfunk-Universität — 1) Hygiene und Ernährung — Formen der Nahrungsmittelvergiftung I — von Prof. Dr. René Fabre/Paris; 2) Die großen Utopisten — Rousseau und sein Erziehungsprogramm Emile — von Prof. Robert Derathé/Nancy; 3) Blut als juristisches Beweismittel — Die Ermittlung der Gruppe — von Prof. Dr. Paul Moureau/Lüttich (Hess. Rdf. II, 22.15)

Aus der Kulturpolitik — Berichte, Kommentare, Notizen (SDR/UKW, 22.40)

12.4.

Dichtung und Verantwortung — Rede von Albert Camus beim Empfang des Nobelpreises (WDR/UKW, 10.30)

Universitas — Prof. Dr. Josef Müller-Blattau: Wagners Parsifal (Saarl. Rdf., 11.30)

Gespräch mit Paul Tillich (SDR, 20.25)

Tod und Geburt in indischer Sicht — Eine Betrachtung von Walther Eidlitz (Bayer. Rdf. II, 21.50)

Menschsein im Widerspruch — Hörfolge — zusammengestellt aus der zeitgenössischen Literatur — Man.: Günter Rolling (SWF/UKW II, 17.30)

13.4.

Schreiben schuf die Welt — Eine nicht ganz wissenschaftliche Hinführung zur Weltliteratur von Axel Eggebrecht — 13. Folge (SDR/UKW, 9.00)

Technische Rundschau — Es spricht Ing. Hugo Kirnbauer (Österr. Rdf. II, 14.40)

Journal III — für Künste und Wissenschaft (NDR und SFB III, 22.05)

Die religiöse Malerei bei Marc Chagall — Man.: Eckehard Bahr (SWF/UKW II, 22.15)

14.4.

Der Glaube der Ökonomen — Von Prof. Dr. Eugen Rosentock-Huessy (SDR/UKW, 11.00)

Universitas — Hermann Adler: Der auferstehende Gott in der Vorahnung der Völker (Saarl. Rdf., 11.30)

Vom Geist der Zeit — Kulturpolitische Betrachtung (Hess. Rdf. II, 19.50)

15.4.

Bericht von der Kirche — Geschehnisse und Vorgänge in der evangelischen Christenheit, kommentiert von Dr. Hans Heinz Pollack (SDR, 8.50)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Prof. Josef Möller: Osterglaube in unserem technischen Zeitalter (SWF, 10.30)

Universitas — Prof. Dr. F. J. von Rintelen: Wie kann man den Menschen unserer Zeit vor der Lebensangst bewahren? (Saarl. Rdf., 11.00)

Die Einheit des christlichen Gesanges in der Ost- und Westkirche — Univ.-Prof. Dr. Egon Wellesz/Oxford (aufgenommen bei den 18. Internationalen Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 15.30)

16.4.

Der Einfluß des europäischen Denkens auf Asien seit der Aufklärung — Dr. Emanuel Sarkisyanz/Freiburg i. Br. (aufgenommen bei den 18. Intern. Hochschulwochen in Alpbach) (Österr. Rdf. II, 15.00)

Internationale Rundfunk-Universität - Musikalische Städtebilder — Brüssel — von Dr. Paul Collaer (Hess. Rdf. II, 17.35)

Können wir die Natur korrigieren? — Man.: Leo Nitschmann (Saarl. Rdf. II, 18.05)

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf. II, 20.15)

Um die neue Universität — IV. Gibt es noch eine akademische Bildung? — Man.: Prof. Dr. Andreas Flitner (Radio Bremen II, 21.35)

Lebensschicksale der wissenschaftlichen Emigration (I) — Hanna Ahrendt, Prof. für politische Wissenschaften an der Universität Princeton (New York) (Österr. Rdf. II, 22.15)

17.4.

Werk und Wirkung — Kritiken, Referate, Informationen (NDR/WDR, 17.05)

Christlicher Glaube und Ideologie — Anmerkungen zu einer Sendereihe von Hans Götz Oxenius (WDR/UKW, 18.40)

Unvergangene Vergangenheit — Über den Umgang mit Menschen aus der Historie — Von Prof. Dr. August Nitschke (SDR/UKW, 20.45)

Krankheit und Kultur — Eine Sendereihe von Hans Kilian — 7. Die Pathologie der Kommunikation (Bayer. Rdf. II, 21.05)

Italien deutet sich selbst — 8. Die Renaissance des italienischen Schauspiels — Von Paolo Grassi (NDR u. SFB III, 21.45)

Studio für neue Musik — Über einige Arbeiten von Arnold Schönberg — Drei kleine Stücke für Kammerorchester, vier deutsche Volkslieder, drei Volksliedsätze für gemischten Chor, Herzgewächse op. 20 — Vortrag von Theodor W. Adorno (Hess. Rdf., 22.30)

Meister des internationalen Städtebaus — Gespräche mit Ernst May und Werner Hebebrand — I. Die Anfänge in Frankfurt (SWF, 22.40)

Das Musikleben Japans in Vergangenheit und Gegenwart — Eine Betrachtung mit Aufnahmen japanischer Musik — Von Keisei Sakka, Tokio (NDR/UKW, 22.55)

18. 4.

Forscher zu Gast — Ein Gespräch mit Hochschulprofessor Dr. Markus Fierz/Zürich über die historische Entwicklung der Äthertheorie (Österr. Rdf. II, 17.15)

Zeitfunk aus Forschung und Technik (SWF/UKW II, 17.45)

Einführung in das Recht — Eine Vorlesungsreihe von Prof. Dr. Paul Bockelmann/Heidelberg — 3. Recht und Gleichheit (SDR/UKW, 21.00)

Die universale Sprache der neuen Musik — Die literarische Wendung der Oper — Eine Sendung von K. H. Ruppel — Der humanitäre Appell in der Oper (II) (NDR u. SFB III, 21.05)

Aus Wissenschaft und Technik — Die wöchentliche Umschau SDR, 21.030)

Moderne Kunst — Moderner Glaube — Spannungsfelder heutiger Kunst — von Hans-Ekkehard Bahr (Saarl. Rdf., 22.10)

Internationale Rundfunk-Universität — 1) Die großen Utopisten — Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ und das völkerrechtliche Grundproblem — von Prof. Dr. Julius Ebbinghaus, Marburg; 2) Lichtelektrische Meßverfahren im Dienste der Astronomie — Ihre Anwendungsmöglichkeiten — von Prof. Dr. Pierre Vernier, Paris; 3) Recht und Ethos des Individuums in zwei Jahrtausenden — In China (II) — von Roger Levy, Paris (Hess. Rdf. II, 22.15)

Italien deutet sich selbst — 9. Der Export italienischer Arbeitskraft — Von Angelo Altarelli — Die autonomen Regionen — Von Gian Aldo Arnaud (NDR u. SFB, III, 22.25)

Aus dem Hochschulleben — Kommentare und Berichte (SDR/UKW, 22.40)

Vom Zen-Buddhismus zum Zen-Snobismus (I) — Von Prof. Ernst Benz (SWF/UKW II, 23.00)

19. 4.

Die Internationale Radiouniversität — Hochschulprofessor Dr. Dipl.-Ing. Otto Hurm: Das Bilderverbot bei den „Buchreligionen“ und sein Einfluß auf die Entwicklung und Wertung der Schrift (Österr. Rdf. II, 14.35)

Wissenschaftliche Umschau — Neues aus Forschung und Technik (SFB II, 18.00)

Die amerikanische Literatur im 20. Jahrhundert — Eine Vortragsfolge von Leslie A. Fiedler — 6. Die Schule von Emerson (Bayer. Rdf. II, 21.20)

Die nicht ganz exakte Lebensbeschreibung — Zur ersten authentischen Ausgabe von Richard Wagners „Mein Leben“ — Von Martin Gregor-Dellin (Hess. Rdf. II, 22.00)

Nachtprogramm — Material — Das letzte Glück der Poeten? — Erwägungen zu „konkreter Dichtung“ — Von Peter Schneider (NDR/WDR, 22.15)

Der wissenschaftliche Bericht mit Nachrichten aus dem Hochschulleben (Bayer. Rdf. II, 22.25)

Musikleben — heute — Berichte, Kommentare, Notizen (SDR/UKW, 22.40)

20. 4.

Ein unbeirrbares Leben — Porträt der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie — Man.: Bastian Müller (SDR, 9.00)

Technische Rundschau — Es spricht Ing. Hugo Kirnbauer (Österr. Rdf. II, 14.40)

Christlicher Glaube und Ideologie — Die Antwort der französischen Katholiken auf die Revolution von 1789 — Von René Rémond (WDR/UKW, 18.15)

Unternehmer in öffentlicher Verantwortung — I. Die Geschäfte oder die Menschen? — Betrachtungen zur Theorie der Unternehmensführung von Karl W. Boetticher — II. Zeugnisse aus dem Alltag unternehmerischer Arbeit — Dokumentation von Ingeborg Haase (WDR III, 20.10)

Der Nachbar im Westen in der deutschen Literatur — 7. Zwischen den Grenzen — Man.: Wilhelm P. Jansen (SDR/UKW, 21.15)

Journal III — Für Künste und Wissenschaft (NDR u. SFB III, 22.10)

Die Sprache der Botschaft — Zu Martin Bubers Bibelübersetzung — Von Fridolin Stier (Bayer. Rdf. II, 22.30)

21. 4.

Bericht von der Kirche — Geschehnisse und Vorgänge in der katholischen Christenheit, kommentiert von Dr. August Arnold (SDR, 8.50)

Zeugnisse der neuen Wirklichkeit — Texte des 20. Jahrhunderts, ausgewählt und vorgestellt von Dieter Hasselblatt — VI. Folge (Saarl. Rdf. II, 9.00)

Lebendige Wissenschaft — Prof. Dr. Otto Hahn/Göttingen: Erinnerungen eines Radiochemikers (SDR, 10.00)

Museen und Galerien — Kritischer Rundgang mit Hans René Conrath (SFB, 10.00)

Die Aula, die Stunde der Universitäten — Prof. Otto Friedrich Bollnow: Das hohe Alter (SWF, 10.30)

Glaube und Verstehen — Die theologische Absicht Rudolf Bultmanns — Von Dr. Heinz Zahrtm (SDR/UKW, 11.00)

Universitas — Prof. Dr. H. J. Aultrum: Tierisch-ernste Betrachtungen (Saarl. Rdf., 11.30)

Aus der Welt des Geistes (SWF/UKW II, 14.30)

Schreiben schuf die Welt — Eine nicht ganz wissenschaftliche Hinführung zur Weltliteratur von Axel Eggebrecht (SDR, 21.00)

22. 4.

Aus Wissenschaft und Forschung (Deutschlandfunk, 15.05)

Der Künstler — was ist er? — Versuch einer Antwort am Beispiel Franz Bleis — Peter M. Ladiges (SWF/UKW II, 20.45)

Das Antlitz der Erde — Über die Forschungsergebnisse des Internationalen Geophysikalischen Jahres 1957/58 berichtet Heinrich Schirmbeck (SDR/UKW, 21.00)

Moderne Literatur — keine Geheimwissenschaft — 2. Die epische Prosa — Ein Gespräch zwischen Günter Busch und Karl Schwedhelm (Radio Bremen, 21.35)

80. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie — Bericht aus München (Deutschlandfunk, 22.00)

Vom Altern literarischer Werke — Ein Versuch von Klaus Fischer (SWF, 22.30)

Die Schönen Künste — Berichte, Kommentare, Notizen (SWF/UKW, 22.40)

23. 4.

Deutsche sehen Franzosen — An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert — Man.: Hans Hartmann (Deutschlandfunk, 10.10)

Vier Klassiker des literarischen Expressionismus — Man.: Stefan Reisner (Deutschlandfunk II, 18.00)

Aus der Welt der Forschung (Saarl. Rdf., 20.15)